



Pressemappe

10. März 2015

Gemeinsame Pressekonferenz

von ReachOut und den Berliner Registern

zu Vorfällen und Angriffen mit rassistischem, antisemitischem,
lgbtiq*feindlichem und rechtsextremem Hintergrund
in Berlin im Jahr 2014



Koordinierungsstelle Berliner Register
c/o ReachOut
Oranienstraße 159
10969 Berlin
Tel.: 0152 – 04 42 57 46
info@berliner-register.de
www.berliner-register.de



ReachOut
Oranienstraße 159
10969 Berlin
Tel.: 030 – 695 68 339
Fax: 030 – 695 68 346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Inhalt der Pressemappe

- Gemeinsame Pressemitteilung von ReachOut und den Berliner Registern
- Pressemitteilung von ReachOut
- Auswertung von ReachOut zu Angriffen in Berlin 2014
- Zusammenfassung des Registers Charlottenburg-Wilmersdorf 2014
- Zusammenfassung des Registers Friedrichshain-Kreuzberg 2014
- Zusammenfassung des Registers Lichtenberg 2014
- Zusammenfassung des Registers Mitte 2014
- Zusammenfassung des Registers Neukölln 2014
- Zusammenfassung des Registers Pankow 2014
- Zusammenfassung des Registers Tempelhof-Schöneberg 2014
- Zusammenfassung des Registers Spandau 2014
- Zusammenfassung des Registers Charlottenburg-Wilmersdorf 2014
- Zusammenfassung des Registers Treptow-Köpenick 2014
- Dokumentation antiziganistischer Vorfälle
- Auswertung der Recherche zu Antisemitismus



Gemeinsame Pressemitteilung der Berliner Register und der Opferberatungsstelle ReachOut für das Jahr 2014

Im Jahr 2014 dokumentierten ReachOut, die Beratungsstelle für Opfer rassistischer und rechter Gewalt und die Register in den Bezirken Angriffe und Vorfälle, die einen rassistischen, antisemitischen, homophoben oder diskriminierenden Hintergrund hatten. Unter Vorfällen, die in den Registern dokumentiert werden, sind neben Gewalttaten auch Propagandaaktivitäten, wie Aufkleber, Plakate oder Sprühereien, Veranstaltungen und Beleidigungen gefasst, die einmal jährlich qualitativ ausgewertet werden. Im Gegensatz zu den Statistiken der Ermittlungsbehörden, werden auch Vorfälle aufgenommen, die nicht angezeigt werden. Dadurch werden in den einzelnen Bezirken Aktionsschwerpunkte von Neonazis und alltägliche Formen von Diskriminierung sichtbar, die in den behördlichen Statistiken nicht unbedingt widerspiegelt werden.

Insgesamt erfasste **ReachOut** 179 Angriffe für das Jahr 2014 (2013: 185). Dabei wurden 266 (2013: 288) Menschen verletzt, gejagt und massiv bedroht. Rassismus steigt, trotz des leichten Rückgangs der Gesamtzahlen an und ist das häufigste Tatmotiv (2014: 100, 2013: 87). Häufiger attackiert wurden politische Gegner_innen (2014: 31, 2013: 27). Die antisemitisch motivierten Taten stiegen von 8 im Jahr 2013 auf 18 Fälle. Im Stadtteil Mitte fanden 24 (2013: 8) und somit berlinweit die meisten Angriffe statt. Hier sind 12 der Gewalttaten rassistisch motiviert.

Mit der Einrichtung von **neuen Registerstellen** in den Bezirken Spandau, Tempelhof-Schöneberg und Mitte im Jahr 2014 können nun in 10 von 12 Berliner Bezirken Vorfälle gemeldet werden. Zwei zusätzliche Projekte, die Antisemitismus und Antiziganismus genauer betrachten, arbeiten eng mit den Registern zusammen, sodass für 2014 insgesamt **ca. 1100 Vorfälle** mit rassistischen, rechtsextremen, antisemitischen, lbgtiq-feindlichen und anderen diskriminierenden Hintergründen dokumentiert werden konnten. Darunter waren ca. 500 Propagandavorfälle, knapp 350 Angriffe, Beleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen und über 170 Veranstaltungen (Kundgebungen, Demonstrationen und Infotische). Fast die Hälfte aller Vorfälle war rassistisch motiviert, ca. 260 galten der Selbstdarstellung rechter Parteien und Gruppierungen, 130 verharmlosten den Nationalsozialismus und jeweils ca. 100 Fälle waren antisemitisch motiviert oder richteten sich gegen politische Gegner_innen. Besonders viele Vorfälle wurden in den Ortsteilen dokumentiert, die als regionale Zentren bezeichnet werden, wie Mitte, Spandau und Charlottenburg.

Auffällig war der Anstieg an rassistischen Vorfällen in den Ortsteilen in denen Unterkünfte für geflüchtete Menschen eröffnet wurden. In diesem Zusammenhang fanden in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Pankow diverse Veranstaltungen sogenannter Heimgegner_innen und der NPD statt, die rassistisch motiviert waren und in deren Umfeld es zu Angriffen auf Bewohner_innen der Unterkünfte und auf Gegendemonstrant_innen gekommen ist. Es ist deutlich erkennbar, dass die organisierte rechte Szene ihre Ressourcen in die öffentliche Kritik an diesen Unterkünften investiert hat. Vorfälle, die in den vergangenen Jahren eindeutig der rechten Szene zuzuordnen waren (Propaganda, rechte Selbstdarstellung oder Verharmlosung des Nationalsozialismus), sind zurückgegangen, stattdessen ist ein erheblicher Anstieg rassistischer Vorfälle zu verzeichnen.

Für das Themenfeld **Antisemitismus** wurde 2014 eine detaillierte Dokumentation erstellt (100 Vorfälle), die einen Anstieg antisemitischer Vorfälle deutlich macht. Im Zusammenhang mit dem Konflikt in Gaza fanden in der Berliner Innenstadt diverse Demonstrationen und Kundgebungen statt, bei denen Reden, Transparente und Sprechchöre antisemitische Inhalte hatten.

In **Charlottenburg-Wilmersdorf** wurden 105 rechte und diskriminierende Vorfälle im Jahr 2014 ausgewertet. Bedeutend waren der neurechte und reichsideologisch-esoterische Vortragsreihen. Antisemitische Vorfälle nahmen zu. Seit Jahren steigen die Angriffe in Charlottenburg-Wilmersdorf (2014: 15 Angriffe).

2014 gab es in **Friedrichshain-Kreuzberg** eine deutliche Zunahme von Pöbeleien, Beleidigungen und Bedrohungen. Auch rassistische Vorfälle haben stark zugenommen. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit den aktuellen Debatten um Asyl und die Aufnahme von Geflüchteten.

Insgesamt 105 Vorfälle wurden im Jahr 2014 in **Lichtenberg** gezählt. Das ist ein Rückgang um etwa 10 Prozent (2013: 115). In fast allen Bereichen ist ein Rückgang zu verzeichnen. Vor allem bei den Angriffen (2014: 11, 2013: 19) und Bedrohungen (2014: 2, 2013: 4) ist der Rückgang erfreulich. Lediglich die Propaganda-Vorkommnisse sind auf 65 gestiegen (2013: 49). Lichtenberg-Mitte ist weiterhin Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten, dicht gefolgt jedoch von Hohenschönhausen Nord, dem aktuellen Zentrum der bezirklichen Anti-Flüchtlingsproteste. Der Rückgang der Aktivitäten ist unter anderem auf die Schließung des zentralen Treffpunkts der neonazistischen Szene



in der Lückstraße im Juni 2014 zurückzuführen. Lediglich das Zuwanderungsthema wurde von der NPD und „Pro Deutschland“ für Kundgebungen und Flugblattaktionen genutzt. Die rassistischen Proteste erreichten jedoch bei weitem nicht das Ausmaß anderer Bezirke.

Das Register in **Mitte** hat im August 2014 seine Arbeit aufgenommen. Seitdem wurden insgesamt 78 Vorfälle dokumentiert. Auffällig ist die hohe Zahl an Angriffen (40) für Mitte, Wedding und Tiergarten, von denen ungefähr die Hälfte rassistisch motiviert war und im öffentlichen Raum stattfand. Auffallend im Vergleich zu anderen Stadtbezirken Berlins sind Kundgebungen und Demonstrationen, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen kam.

Die Registerstelle **Neukölln** wurde im Juni 2014 ein Jahr alt. Im Jahr 2014 registrierte die Registerstelle insgesamt 125 Vorfälle (2013:53). Der Anstieg der Vorfälle ist zum einen auf die Anwerbung von neuen Anlaufstellen zurückzuführen, zum anderen aber auch auf tatsächlich stattfindende neonazistische Aktivitäten insbesondere in Berlin-Rudow. Es fanden zudem rassistische Proteste gegen die Errichtung von Unterbringungen in Berlin-Neukölln statt.

Die [moskito] Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt registrierte im Jahr 2014 für **Pankow** insgesamt 167 Vorfälle. Gegenüber dem Vorjahr sind das elf Meldungen mehr (2013: 154), gegenüber dem Jahr 2012 (95) stellt der Sachverhalt eine starke Steigerung dar. Bedingt ist diese Entwicklung weiterhin durch die neonazistischen Aktivitäten in Berlin-Buch und die Verknüpfung von Autonomen Nationalisten und der NPD Pankow KV8 sowie durch die rassistischen Proteste gegen die Errichtung einer Containerunterbringung im Ortsteil Berlin-Buch.

Im April 2014 hat das Register in **Spandau** seine Arbeit aufgenommen. Bisher wurden 18 Vorfälle dokumentiert, bei denen es sich in den meisten Fällen um rassistische Beleidigungen handelt. Aus dem Ortsteil Spandau (Spandauer Altstadt und Umgebung) wurden bisher die meisten Vorfälle gemeldet.

In **Tempelhof-Schöneberg** hat das Register im August 2014 die Arbeit aufgenommen. Seitdem ist es das Hauptanliegen, die Arbeit des Registers vorzustellen und sich im Bezirk zu vernetzen. Seit Beginn der Erfassung wurden 35 diskriminierende motivierte Vorfälle für das Jahr 2014 verzeichnet. Dabei lassen sich bereits erste Tendenzen ausmachen: Das häufigste Tatmotiv in Tempelhof-Schöneberg ist Rassismus (19 Vorfälle), gefolgt von lgbtiq-feindlichen (5 Vorfälle) und antisemitischen (5 Vorfälle) Motiven.

In **Treptow-Köpenick** wurden 231 Vorfälle dokumentiert, die höchste Zahl seit bestehen des Registers im Bezirk. Treptow-Köpenick hat im Vergleich zu anderen Regionen eine deutlich sichtbare und aktive rechte Szene, die den Großteil der gesammelten Vorfälle verursacht bzw. zumindest initiiert bzw. organisatorisch unterstützt. Dabei fand eine Verlagerung statt, weg von Schöneweide hin zu Adlershof und Salvador-Allende Viertel. In beiden Ortsteilen liegt die Erhöhung der Zahlen an den rassistischen Protesten, die im Zusammenhang mit neuen Unterkünften für Geflüchtete entstanden sind.

Für Nachfragen und weitere Informationen können Sie sich direkt an die Projekte wenden oder an Kati Becker.

Koordinierungsstelle Berliner Register

Kati Becker
c/o ReachOut
Oranienstraße 159, 10969 Berlin
Tel.: 0152 – 04 42 57 46
info@berliner-register.de
www.berliner-register.de

ReachOut

Oranienstraße 159
10969 Berlin
Tel.: 030 – 695 68 339, Fax: 030 – 695 68 346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Register Charlottenburg-Wilmersdorf

SJD - Die Falken Landesverband Berlin
Schlossstr. 19
14059 Berlin
Tel.: 0157 - 57 65 20 25
cw@berliner-register.de
http://infoportal-cw.tk

Register Friedrichshain

0157 - 77 36 99 42
kontakt@register-friedrichshain.de
www.register-friedrichshain.de

Lichtenberger Register

Licht-Blicke, Netzwerk für Demokratie
Ahrenshooperstraße 7
13051 Berlin
Tel.: 030 – 99 27 05 55, 0157 - 5765 2232
register@licht-blicke.org
www.licht-blicke.org

Register Mitte

NARUD e.V.
NRO für Integration und nachhaltige
Entwicklung
Genterstr. 7
13353 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 - 58895051, 0157 - 76318728
register@narud.org

Register Neukölln

Amaro Foro e.V.
Weichselplatz 8
12045 Berlin
Tel.: 0176 - 27 64 66 71
mariaus@amarofo.de
www.amarofo.de

Register Tempelhof-Schöneberg

tempelhof-schoeneberg@berliner-register.de
Tel.: 01573 - 74 50 819

Pankower Register

[moskito] Netzwerkstelle gegen
Rechtsextremismus –
Für Demokratie und Vielfalt
Fehrbelliner Str. 92
10119 Berlin
Tel.: 030 – 44 37 179
moskito@pfefferwerk.de
www.pankower-register.de

Register Treptow-Köpenick

c/o Villa Offensiv
Hasselwerder Str. 38 – 40
12439 Berlin
Tel.: 0152 – 04 42 57 46
tk@berliner-register.de

Register Spandau

GIZ e.V.
Reformationsplatz 2
13597 Berlin
Tel: 030 - 30398709
register.spandau@giz-berlin.de
Internetseite: www.giz-berlin.de

Antisemitismus Recherche

antisemitismus@berliner-register.de



Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin 2008-2014

Quelle: ReachOut, Oranienstraße 159, 10969 Berlin, Tel.:030-69568339

Stand: 02. März 2015, Sperrfrist: 10. März 2015, 11:00

ReachOut veröffentlicht seit 2003 jährlich die recherchierten Angriffszahlen. Nicht gezählt werden Propagandadelikte, Beleidigungen, Sachbeschädigungen, wenn keine Personen dabei gefährdet sind. Differenzen zu polizeilichen Angaben ergeben sich zum einen durch unterschiedliche Einschätzungen der Tathintergründe, zum anderen erfährt ReachOut auch von Fällen, die nicht angezeigt wurden. Die Vergleichszahlen aus den Vorjahren geben den Stand Ende Februar/Anfang März des jeweiligen Jahres wieder. Um einen Vergleich zu ermöglichen, werden Nachmeldungen hier nicht berücksichtigt.

© ReachOut 2015	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Angriffe in den Berliner Bezirken							
Charlottenburg	3	3	5	6	12	10	12
Wilmerdorf	0	3	1	2	1	3	4
Friedrichshain	30	17	16	16	15	14	10
Kreuzberg	5	5	10	17	6	15	16
Lichtenberg	15	5	8	16	5	13	8
Hohenschönhausen	6	2	1	2	1	7	3
Marzahn	12	4	4	1	2	7	5
Hellersdorf	5	3	4	0	1	16	15
Mitte	6	7	12	12	12	8	24
Wedding	3	9	7	13	9	12	8
Tiergarten	3	1	0	2	6	4	8
Pankow	13	6	2	1	1	9	12
Prenzlauer Berg	6	7	2	10	8	11	4
Weissensee	4	3	3	4	3	1	0
Neukölln	9	6	15	15	22	11	15
Reinickendorf	3	0	2	7	5	4	4
Tempelhof	2	1	1	2	2	0	5
Schöneberg	3	4	4	8	8	13	9
Treptow	9	7	4	7	12	12	2
Köpenick	5	5	3	9	3	8	9
Spandau	3	0	3	2	2	5	3
Steglitz	1	1	0	4	1	1	2
Zehlendorf	2	3	2	2	2	1	1
Gesamt	148	102	109	158	139	185	179

© ReachOut 2015	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Tatmotiv							
Rassismus	65	53	57	70	68	87	100
Antisemitismus	4	7	8	5	6	8	18
Homo-/Transphobie	9	10	10	32	30	44	22
Gegen Menschen mit Handicaps	1	1	1	0	3	4	2
Gegen sozial Benachteiligte	2	0	0	4	3	3	0
Gegen politische Gegner_innen	26	15	20	32	15	27	31
Gegen nicht Rechte, Alternative	30	12	10	9	12	9	6
Sonstige/Unklar*	11	4	3	6	2	3	0
Gesamt	148	102	109	158	139	185	179

* Sonstige: Bspw. sexistisch motivierte Angriffe auf Frauen von rechten Täter_innen.

Unklar: Wenn Menschen unvermittelt, ohne es sich selbst erklären zu können, ohne dass einschlägige Beleidigungen geäußert werden 'von rechten Täter_innen angegriffen werden.

© ReachOut 2015	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Angriffsort							
Öffentlicher Raum	86	50	58	80	69	121	107
Öffentliche Verkehrsmittel und Bahnhöfe	39	29	27	40	34	42	37
Arbeitsplatz	11	4	1	9	9	8	10
Wohnung und Wohnumfeld	10	9	14	13	17	6	18
Schule	1	1	3	2	1	0	0
Andere Orte, wie Kneipen, Läden, Supermärkte	1	9	6	14	9	8	7
Gesamt	148	102	109	158	139	185	179



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Pressemitteilung

Die Angriffszahlen in Berlin sind erschreckend hoch. Rassismus ist das häufigste Tatmotiv Die meisten Angriffe finden in Mitte statt.

ReachOut, die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, verzeichnet 179 Angriffe für das Jahr 2014. Trotz eines leichten Rückgangs im Vergleich zu 2013 bleiben die Menge und die Art und Weise der Angriffe erschreckend. Rassismus steht als Tatmotiv im Vordergrund. 266 Menschen wurden verletzt und bedroht.

Berlin, 10. März 2014

Insgesamt erfasst ReachOut 179 Angriffe für das Jahr 2014 (2013: 185). Dabei wurden 266 (2013: 288) Menschen verletzt, gejagt und massiv bedroht. Rassismus steigt, trotz des leichten Rückgangs der Gesamtzahlen an und ist das häufigste Tatmotiv (2014: 100, 2013: 87). Häufiger attackiert wurden politische Gegner_innen (2014: 31, 2013: 27). Die antisemitisch motivierten Taten stiegen von 8 im Jahr 2013 auf 18 Fälle.

Im Stadtteil Mitte finden 24 (2013: 8) und somit stadtweit die meisten Angriffe statt. 12 der Gewalttaten sind rassistisch motiviert.

Die Gewalttaten treffen die Opfer völlig unvermittelt und ohne dass sich die Angreifer_innen und die Opfer zuvor kannten.

Der größte Teil der Angriffe findet in aller Öffentlichkeit statt: 107 Gewalttaten (2013: 121) werden auf Straßen, Plätzen und an Haltestellen und 37 (2013: 42) in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen verübt.

Zum Beispiel:

Am 16. August 2014 werden zwei Frauen, die mit zwei Kindern unterwegs sind, gegen 16.20 Uhr auf dem S-Bahnhof Wittenau von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und bedroht. In der S-Bahn werden die Frauen weiter bedroht, bis der Mann von seiner Begleiterin aus dem Zug gedrängt wird.

Am 29. Mai wird ein 24-jähriger Mann, der mit Freunden unterwegs ist, gegen 17.00 Uhr an der Frankfurter Allee Ecke Siegfriedstraße aus einer Gruppe von 10 Männern heraus rassistisch beleidigt. Der 24-Jährige wird von zwei Männern auf die Straße gestoßen und geschlagen.

Sabine Seyb, Mitarbeiterin von ReachOut, weist darauf hin: "Die Angriffe, die im Zusammenhang mit den rassistischen Proteste gegen geflüchtete Menschen gesehen werden müssen, setzen sich auch 2014 fort. Mindestens 18 Gewalttaten und Bedrohungen, richten sich gegen Flüchtlinge und deren Unterstützer_innen."

So findet am 7. Oktober 2014 um 18.00 Uhr ein Treffen von Teilnehmer_innen der Initiative „Hellersdorf hilft“ in der Begegnungsstätte LaLoka statt. Auf dem Weg dorthin wird ein Teilnehmer von Neonazis erkannt und verfolgt. Er flüchtet in das LaLoka. Etwa 15 Neonazis dringen in den Vorraum ein und bedrohen die Anwesenden bis die Polizei erscheint.

Am 30. August wird ein 14-jähriges Mädchen, das in einer Gruppe von Kindern aus den Geflüchtetenunterkünften in der Carola-Neher-Straße und Maxie-Wander-Straße unterwegs ist, an einer Bushaltestelle von einem unbekanntem Mann absichtlich angerempelt.

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,
Spenden-Konto: 3244801, BLZ: 100 205 00



Tel.: 030/69 56 8339

Fax.: 030/69 56 8346

info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Zu den auffällig häufigen Angriffen im Stadtteil Mitte sagt Sabine Seyb: "Im Vergleich zu den Gesamtzahlen geschehen in Mitte mehr als die Hälfte der Gewalttaten in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen. So wird am 13. Oktober 2014 eine Frau, die von ihrem dreijährigen Sohn begleitet wird, morgens in der U-Bahnlinie 6 kurz vor dem Bahnhof Friedrichstraße von einem Mann rassistisch beleidigt und das Kind wird geschlagen. Am 4. Juli gegen 21.00 Uhr werden ein 21-jähriger und ein 32-jähriger Mann auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofs Französische Straße von drei Männern im Alter von 17 bis 19 Jahren homophob beleidigt, geschlagen und verletzt.

Diese Beispiele machen deutlich, dass Fahrgäste und Passant_innen die Angriffe beobachten, ohne den Opfern zur Hilfe zu kommen. Hier sollten die politisch Verantwortlichen Kampagnen starten, um über die Möglichkeiten einzugreifen aufzukären und somit die Betroffenen besser zu schützen."

Nach dem Stadtteil Mitte folgen Kreuzberg mit 16, Hellersdorf und Neukölln mit je 15 Gewalttaten. In Charlottenburg und Pankow dokumentieren wir jeweils 12 Angriffe.

Weitere Einzelheiten zu den Angriffszahlen entnehmen Sie bitte der Tabelle "Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin 2008-2014".

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Sabine Seyb

Tel.: 030-695 68 339

Register Charlottenburg-Wilmersdorf

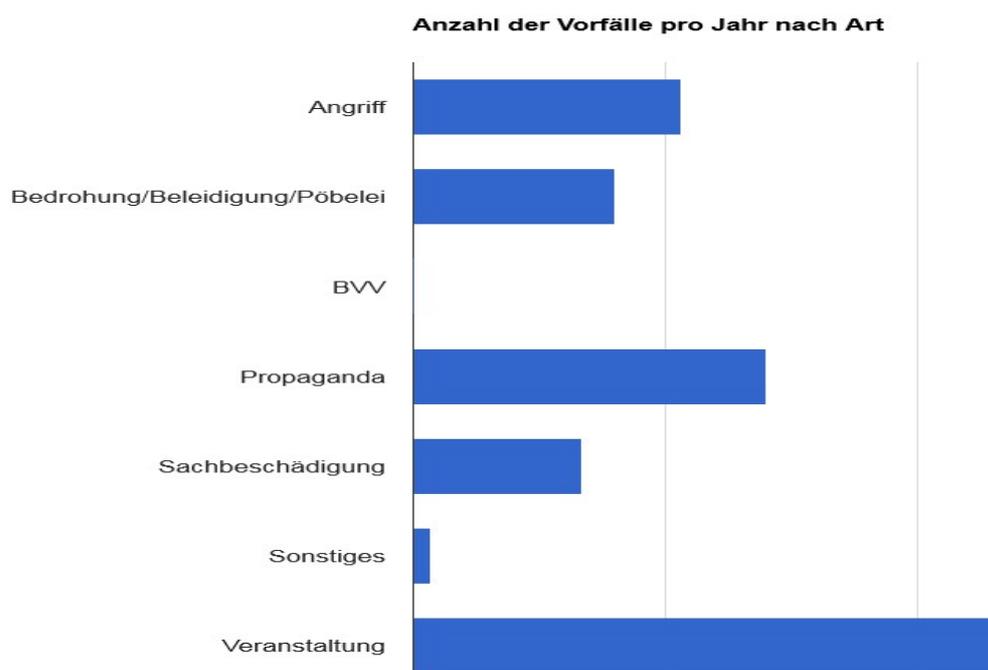
Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wertete insgesamt 105 rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk aus. Noch nie wurden so viele Vorfälle festgestellt wie in diesem Jahr (2012: 43 Vorfälle, 2013: 90). Es gab insgesamt 16 gewalttätige Angriffe (2013: 13).

Mehr als die Hälfte der Vorfälle ereignete sich im Ortsteil Charlottenburg (64). Am zweitmeisten geschahen im Ortsteil Wilmersdorf (19). In Westend gab es einen starken Rückgang auf 5 Vorfälle (2013: 23). In Charlottenburg-Nord und dem übrigen Ortsteilen wurden nur wenige Fälle gemeldet.

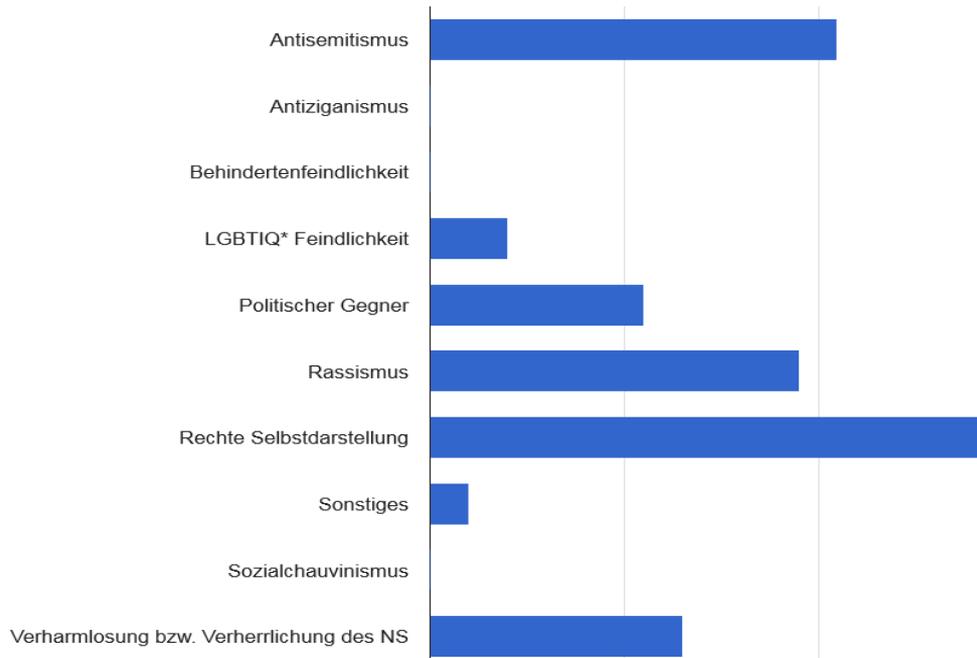
Eine Besonderheit in Charlottenburg-Wilmersdorf sind drei Veranstaltungsreihen der neuen und der nazistischen Rechten: Sie machten allein 24 Vorfälle aus. Zwei reichsideologische Gruppen treffen sich in Charlottenburg: Die „Gruppe Blauer Himmel Berlin“ verbreitet, dass Flugzeugabgase Giftausstreunungen enthielten („Chemtrails“). Das „Neuschwabenlandtreffen“ glaubt an die Rückkehr nationalsozialistischer Eliten. Beide machen Anleihen in der rechten/braunen Esoterik. Die „Bibliothek des Konservativismus“ Vorträge und Lesungen. Sie ist der Neuen Rechten im Umfeld der Wochenzeitung Junge Freiheit zuzuordnen. Die antisemitische Großdemonstration Qudstag (25. Juli) fand auf dem Kurfürstendamm statt. Von dort gingen auch zwei Angriffe auf Gegendemonstrant*innen aus. Anfang Oktober fand die Kundgebung „Tag der Patrioten“ (3.10) der rechtspopulistischen German Defence League statt. Zuletzt suchte der Bezirksverband der Partei teils rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“ Anschluss an die neue Rechte im Bezirk. Der Kreisverband der nazistischen NPD ist nach der Europawahl wenig aktiv gewesen.

Seit in Charlottenburg-Wilmersdorf rechte und diskriminierende Aktivitäten in einer Chronologie zusammengefasst werden, gab es noch nie so viele Vorfälle wie 2013 und 2014. Dies zeigt, wie wichtig eine sichere Finanzierung eines Register durch das Bezirksamt oder eine Erhöhung der Landesmittel wäre.

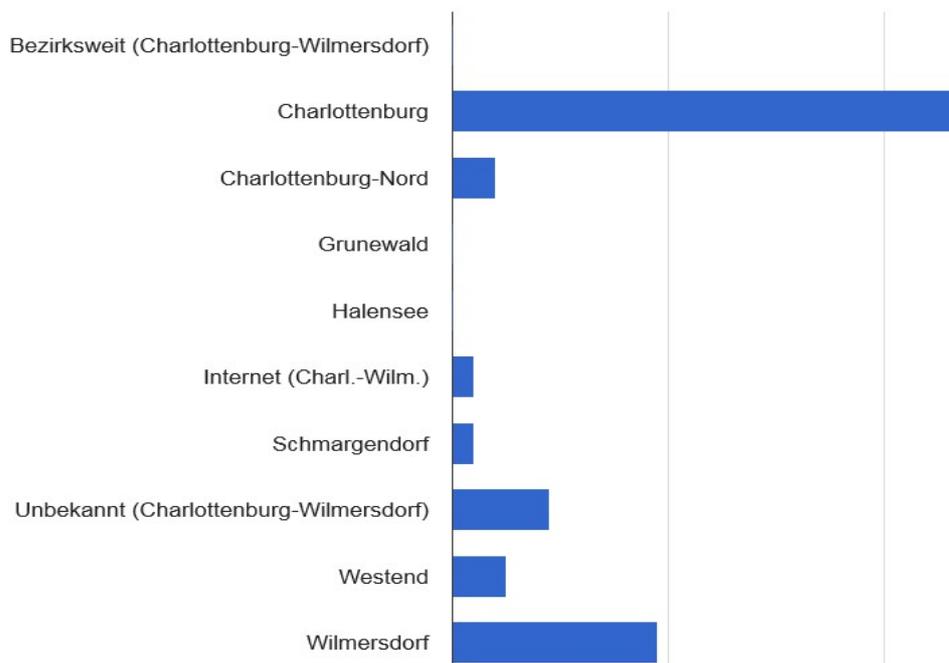
Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wurde im Mai 2013 eingerichtet. Es knüpft an die Arbeit des antifaschistischen „Infoportal CW“ (www.infoportal-cw.tk) der Vorjahre an. Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wird gefördert aus Mitteln des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen von Berlin. Die SJD – Die Falken LV Berlin ist die Trägerin des Projekts.

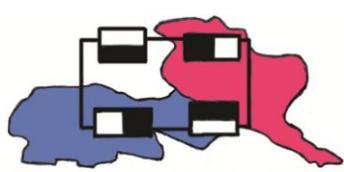


Anzahl der Vorfälle pro Jahr nach Motiv



Anzahl der Vorfälle pro Jahr nach Stadtteil





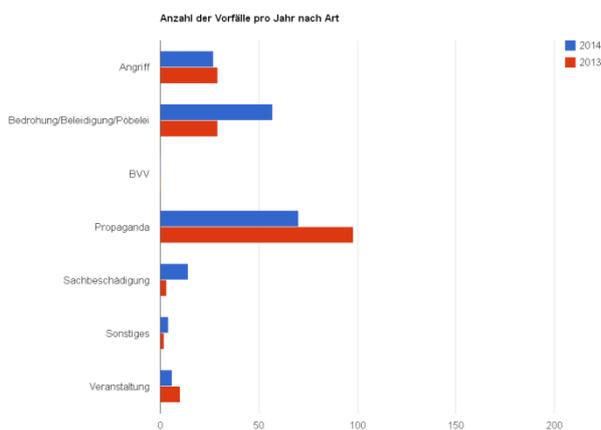
2014 - Jahresauswertung des Registers Friedrichshain-Kreuzberg

Im Jahr 2014 verzeichnete das Register insgesamt 178 Vorfälle. Dies stellt gegenüber 2013 (173 Vorfälle) einen leichten Anstieg dar, befindet sich aber noch im Rahmen der jährlichen Schwankungen.

Zum ersten Mal haben wir mehr Vorfälle in Kreuzberg verzeichnet als in Friedrichshain. Kamen 2012 noch 61 % aller Vorfälle aus Friedrichshain, waren es 2014 nur noch 49 %. Dieser Anstieg der Vorfälle in Kreuzberg auf nun 51 % der Gesamtzahl kann im Zusammenhang mit den aktuellen politischen Debatten und Kämpfen um das deutsche Asylrechtssystem gesehen werden.

Anders als bei der Bundestagswahl im letzten Jahr konnte eine Zunahme von Vorfällen zur Europawahl im Mai nicht beobachtet werden.

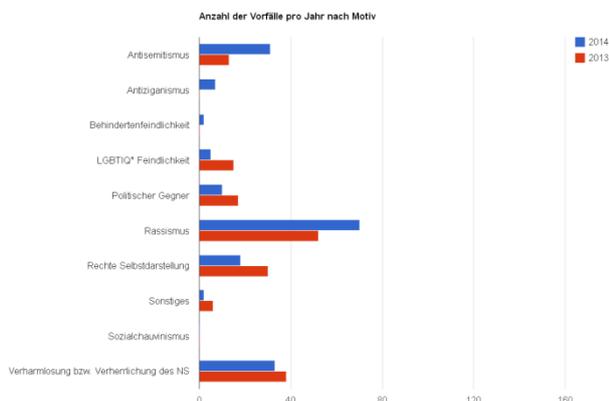
Mehr Pöbeleien, Beleidigungen und Bedrohungen als je zuvor



2014 verzeichnete das Register die höchste Anzahl an Pöbeleien/ Beleidigungen/ Bedrohungen seit Beginn seiner Arbeit 2009. Seit 2012 hat sich ihre Anzahl kontinuierlich von 21 auf 57 Vorfälle mehr als verdoppelt. 2014 machten Sie 32 % aller Vorfälle aus. Knapp die Hälfte geschahen, wie im letzten Jahr auch, aus einer rassistischen Motivation heraus. Propagandadelikte hingegen sind deutlich zurückgegangen. 2012 und 2013 machten sie noch über die Hälfte aller registrierten Vorfälle aus, im letzten Jahr nur noch 39,3 %.

Eine weitere starke Zunahme der Vorfälle verzeichnen wir auch im Bereich der Sachbeschädigung. Hier hervorzuheben sind die Brandanschläge auf das Refugee Protest Camp am Oranienplatz und eine Moschee, sowie mehrere entwendete oder beschmierte Stolpersteine.

Mehr rassistisch motivierte Vorfälle

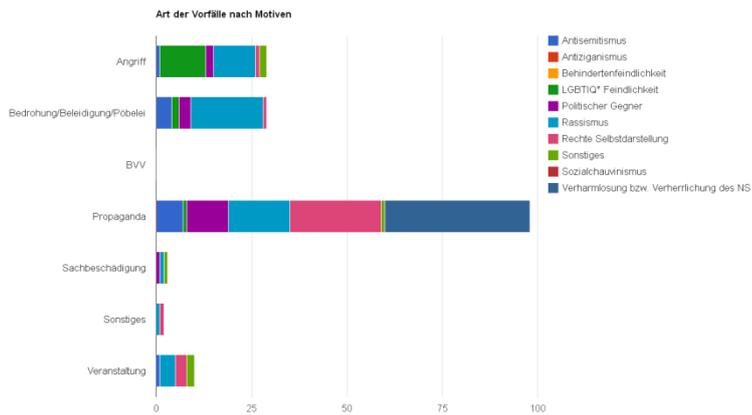


Die meisten Vorfälle sind, wie auch in den Jahren zuvor, rassistisch motiviert. Dieser Trend setzt sich mit einer Zunahme von Vorfällen aus rassistischen Motiven um 10 % gegenüber dem Vorjahr weiter fort. Insgesamt registrierten wir seit 2012 einen stetigen Anstieg von rassistisch motivierten Vorfällen. Ein möglicher Grund dafür ist die aktuelle Debatte um das deutsche Asylrecht, zumal sich am Oranienplatz, an der Gerhard-Hauptmann-Schule und der Unterkunft

in der Gürtelstraße, nicht nur Unterstützer*innen regelmäßig trafen sondern auch Rassist*innen und

Nazis ihre Hetze zu verbreiten versuchten. Auch kam es zu mehreren Angriffen auf Refugees und Unterstützer*innen. Einen direkten Bezug zu einem dieser Orte oder der aktuellen asylpolitischen Debatte haben wir 2014 bei 14 von insgesamt 70 rassistisch motivierten Vorfällen festgestellt. Ab September nahm die Anzahl an rassistisch motivierten Vorfällen merklich ab. Das könnte eine Folge der Verlagerung der Debatte um Asylpolitik und die Aufnahme von Geflüchteten in Berlin und Deutschland nach Pankow, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick sein, wo neue Notunterkünfte entstehen.

Antisemitische Schmierereien häufen sich seit dem Sommer



Rassismus ist bei den meisten Vorfällen das dominierende Motiv. Ausnahme sind nur Propagandavorfälle: Hier spielt die rechte Selbstdarstellung bzw. die Verharmlosung des Nationalsozialismus als Motiv eine wesentliche größere Rolle. Auch antisemitische Motive sind im Vergleich doppelt so oft vertreten.

Allgemein gab es 2014 eine Verdoppelung der Vorfälle von 14 Vorfällen 2013 auf 31 Vorfälle 2014. Dies ist mit Abstand der höchste Wert, den das Register Friedrichshain-Kreuzberg je verzeichnet hat. Davon entfallen 14, ausschließlich Schmierereien, auf die Kategorie „Propaganda“. Auffällig ist, dass davon 13 in der zweiten Jahreshälfte, ab Juli, stattfanden. Dies könnte auf eine antisemitisch aufgeheizte Stimmung aufgrund des Konfliktes zwischen dem Gazastreifen und Israel im Sommer zurückzuführen sein.

Der starke Anstieg im Bereich der antiziganistischen Vorfälle ist darauf zurückzuführen, dass wir im letzten Jahr mit Amaro Foro e.V. einen weiteren Partner gewinnen konnten, der neben einer berlinweiten Antiziganismuschronik auch das Register Neukölln führt.

Rückgang bei LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen

Erfreulich ist, dass die Anzahl an LGBTIQ*-feindlich motivierten Vorfällen drastisch gesunken ist, von 14 im Jahr 2013 auf 5 im letzten Jahr. Ob dies einen Trend darstellt oder lediglich ein einmaliges Tief war, wird sich allerdings erst in den nächsten Jahren zeigen.

Schwerpunkte in den Stadtteilen

Wie auch in den letzten Jahren passieren in Kreuzberg deutlich mehr LGBTIQ*-feindlich motivierte Vorfälle als in Friedrichshain. Auch Vorfälle, die aus einer antimuslimisch-rassistischen Motivation heraus geschehen, sich also dezidiert gegen Menschen muslimischen oder vermeintlich muslimischen Glaubens und deren Einrichtungen richten, sind letztes Jahr nur in Kreuzberg registriert worden.

Hier ereigneten sich 2014 auch über die Hälfte aller antisemitisch motivierten Vorfälle. Eine ähnliche Verteilung hat es jedoch in den letzten Jahren nicht gegeben.

Friedrichshain ist nach wie vor Schauplatz der meisten Vorfälle, die sich gegen die politischen Gegner von Nazis und Rechten richten.

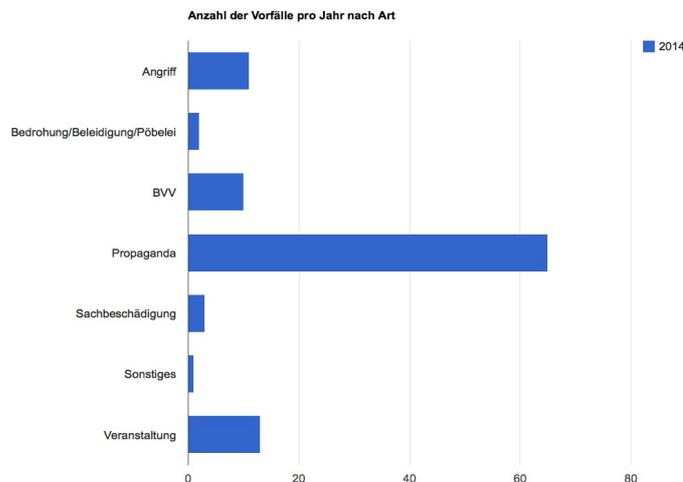
Lichtenberg

Insgesamt **105 Vorfälle** wurden im Jahr **2014** in Lichtenberg gezählt. Das ist ein Rückgang um etwa 10 Prozent (2013: 115). In fast allen Bereichen ist ein Rückgang zu verzeichnen.

Art der Vorfälle

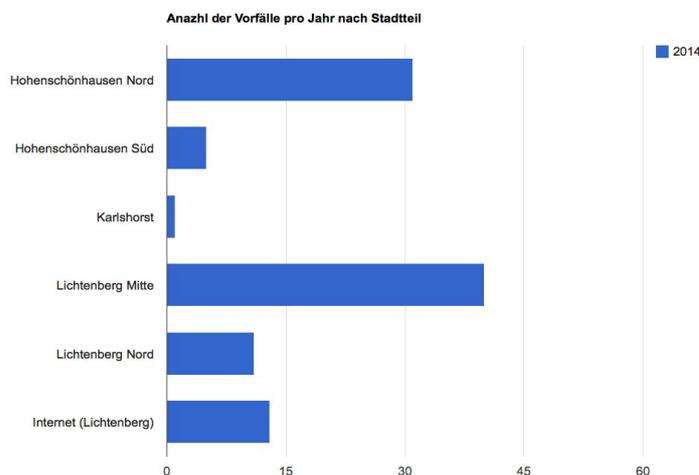
Vor allem bei den Angriffen (2014: 11, 2013: 19) und Bedrohungen (2014: 2, 2013: 4) ist der Rückgang erfreulich. Lediglich die Propaganda-Vorkommnisse sind auf 65 gestiegen (2013: 49). Dabei handelte es sich vor allem um Aufkleberrouten von Neonazis und Flugblätter der rechtspopulistischen Partei „Pro Deutschland“, die über einen aktiven Kreisverband im Bezirk verfügt.

Der Großteil der neonazistischen Veranstaltungen im Bezirk fand in Form von Kundgebungstouren der NPD im Rahmen des Europa-Wahlkampfs statt. Lediglich drei Veranstaltungen wurden im Kontext des im Juni 2014 geschlossenen Neonazi-Treffpunkts in der Lückstraße 58 bekannt.



Ort der Vorfälle

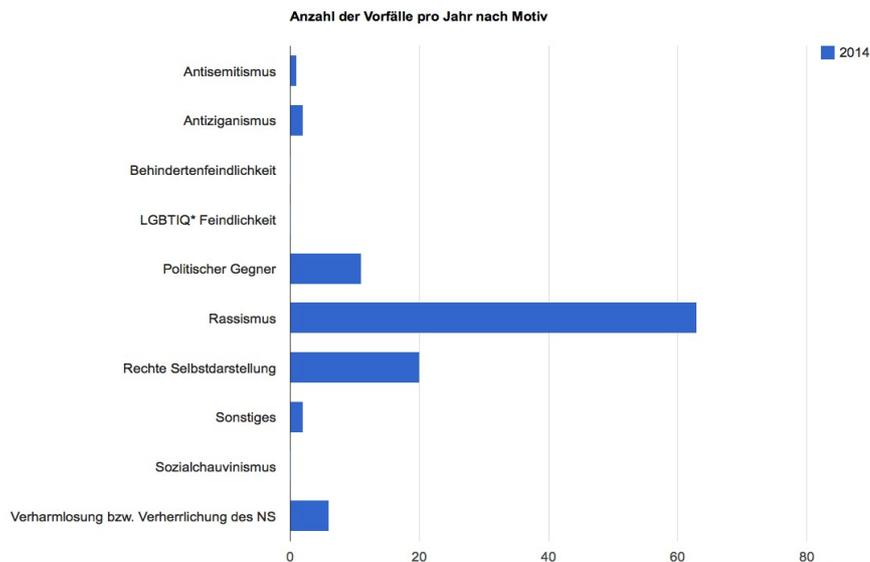
Lichtenberg-Mitte (2014: 40, 2013: 47) ist weiterhin Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten, dicht gefolgt jedoch von Hohenschönhausen Nord (2014: 31, 2013: 30), dem aktuellen Zentrum der bezirklichen Anti-Flüchtlingsproteste. Der Rückgang der Aktivitäten in Lichtenberg-Mitte ist unter anderem auf die Schließung des zentralen Treffpunkts der neonazistischen Szene in der Lückstraße im Juni 2014 zurückzuführen.



Motiv der Vorfälle

Rassismus (2014: 62, 2013: 20) ist das bestimmende Motiv für Angriffe und Bedrohungen, aber auch für Propaganda und Veranstaltungen von Parteien wie der NPD und „Pro Deutschland“. Sie nutzen dabei die öffentliche Diskussion um die Unterbringung von Flüchtlingen, um eine Anti-Flüchtlingsstimmung im Bezirk zu erzeugen. Die rassistischen Proteste erreichten 2014 jedoch bei Weitem nicht das Ausmaß anderer Bezirke.

Abgeschlagen dahinter kommen „Rechte Selbstdarstellung“ (2014: 20, 2013: 41) und „Politischer Gegner“ (2014: 12, 2013: 16) als Tatmotivation. Fünf der Angriffe richteten sich 2014 gegen vermeintliche politische Gegner_innen, ein Angriff war antisemitisch motiviert, die restlichen sechs Angriffe geschahen aus rassistischer Motivation. Hervorzuheben ist dabei ein rassistischer Angriff am 5. Juli 2014, bei dem ein Mann mit einer Axt nacheinander zwei Libanesen angriff.



Fazit und Ausblick

Der leichte Rückgang ist kein Grund zur Entwarnung. Er zeigt jedoch zum einen die Wirkung von Schließungen neonazistischer Objekte. Seit der Schließung des Neonazi-Treffpunkts in der Lückstraße sind die Vorfälle im direkten Umfeld deutlich zurückgegangen. Zudem beschränkte sich die weitgehend inaktive Lichtenberger NPD auf ihre Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung. Sonstige NPD-Veranstaltungen wurden größtenteils zentral von der Berliner NPD geplant und durchgeführt.

Eine positive Tendenz für Lichtenberg lässt sich auch aus einem anderen Grund noch nicht ableiten. Die Anti-Flüchtlingsproteste, die in anderen Bezirken schon im Oktober 2014 begannen, starteten in Lichtenberg erst mit einer Demonstration am 16. Dezember 2014. Schon jetzt ist festzustellen, dass diese Mobilisierung von NPD und anderen Flüchtlings-Gegner_innen im Frühjahr 2015 für einen deutlichen Anstieg an Veranstaltungen, Propaganda und Bedrohungen sorgen wird.

Koordinierungsstelle Register Lichtenberg:

Netzwerkstelle Licht-Blicke
Ahrenshooper Straße 7
13051 Berlin
Tel.: 030 - 99270555
Mail: register@licht-blicke.org



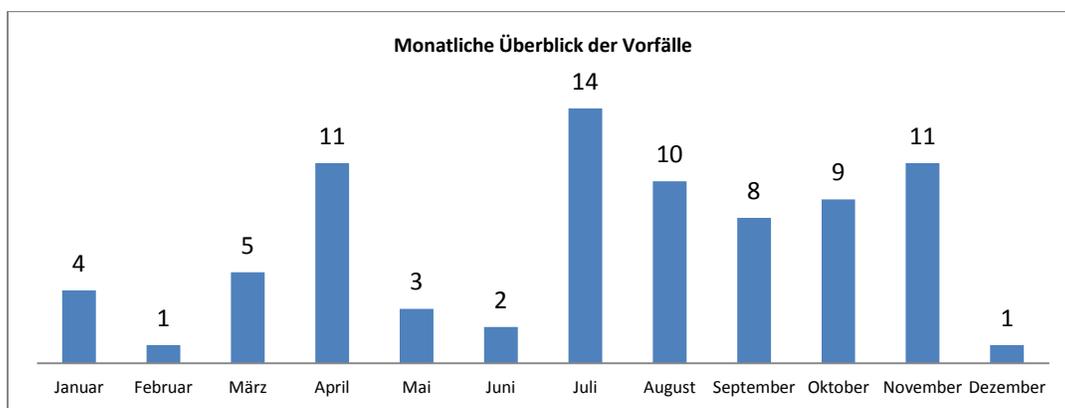
2014 - Jahresauswertung des Registers Mitte

Das Register in Berlin-Mitte hat seine Tätigkeit parallel zu anderen Stadtteilen Berlins im August 2014 aufgenommen. Die Koordinierungsstelle arbeitet eng mit Narud e.V. zusammen, einer Organisation, die sich unter anderen für Integrationsförderung, entwicklungspolitische Bildung und Entwicklungszusammenarbeit einsetzt und das Ziel verfolgt, dass sich MigrantInnen in Berlin als voll akzeptierter Bestandteil in der Gesellschaft erfahren können. Es ist ein selbsterklärtes Anliegen von Narud e.V. alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung in aufklärerischer Weise sichtbar zu machen und zu überwinden.

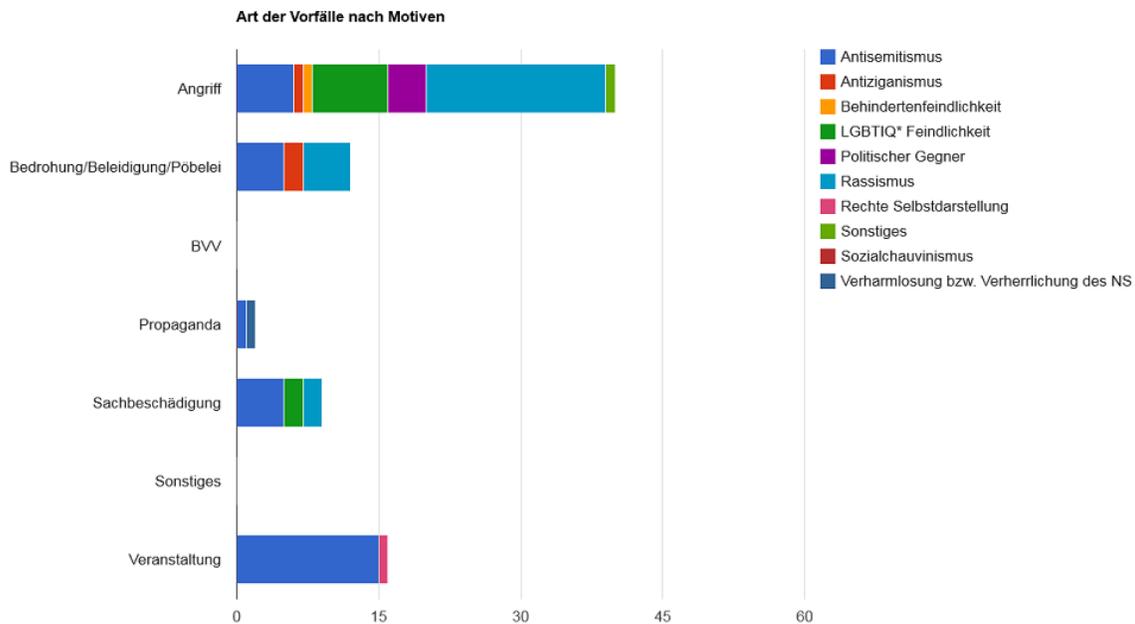
Die gemeldeten Vorfälle für 2014 basieren weitgehend auf Meldungen aus polizeidienstlichen Quellen, ReachOut und dem Verein für Demokratische Kultur (VdK e.V.). Dies gilt auch für die Vorfälle welche für den Zeitraum Januar bis Juli 2014 rückwirkend in die Chronik aufgenommen wurden.

Das Register in Mitte dokumentierte im Jahr 2014 insgesamt 79 Vorfälle. Besonders auffällig ist die hohe Zahl an Angriffen, von denen ungefähr die Hälfte im Ortsteil Mitte (Alexanderplatz und Umgebung) stattgefunden hat. Die Hälfte davon war rassistisch motiviert. In Mitte fanden im Jahr 2014 außerdem viele Demonstrationen und Kundgebungen statt, die im Zusammenhang mit dem Gaza-Konflikt standen und bei denen es zu antisemitischen Äußerungen und Angriffen kam.

Monatlicher Überblick



Geringe Hemmschwelle für Angriffe

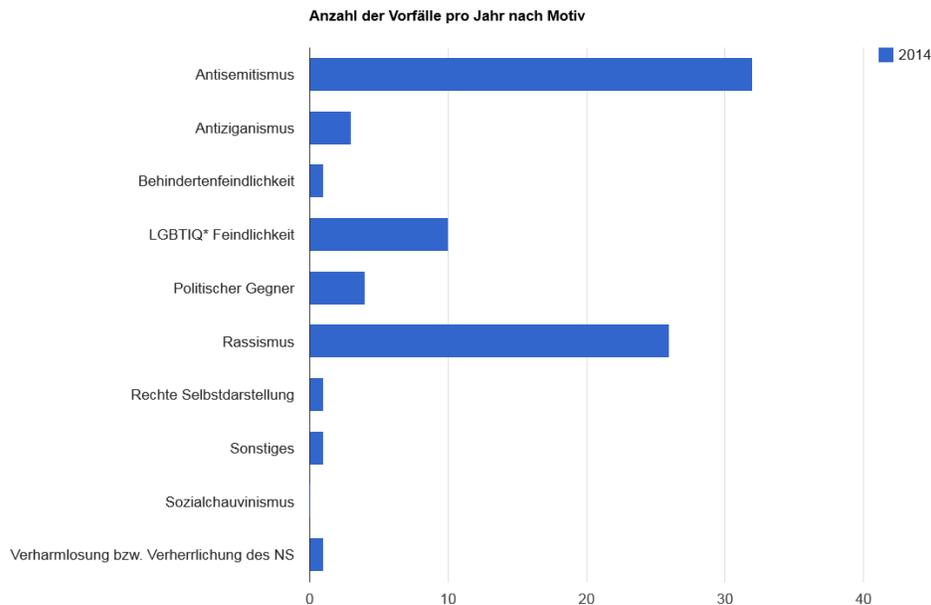


Mit 40 Vorfällen befinden sich die Angriffsdelikte an der ersten Stelle, in denen die Opfer auf diskriminierende Weise verletzt wurden. Bei 15 Vorfällen kam es zudem zu Körperverletzungen infolge gewalttätiger Übergriffe. Die gemeldeten Pöbeleien und Beleidigungen ereigneten sich vor allen in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Im März gab es auch eine Häufung antisemitisch motivierter Anrufe im Jüdischen Krankenhaus (Gesundbrunnen).

Berlin Mitte ist aufgrund seiner zentralen Lage und der historischen Bedeutung ein bevorzugter Schauplatz für Veranstaltungen in Form von Demonstrationen und Kundgebungen, so dass diskriminierende und fremdenfeindliche Vorfälle im Zusammenhang mit Veranstaltungen (16) grundsätzlich häufiger auftreten als in anderen Stadtteilen. Die räumliche Nähe zu Vertretern der Politik und Personen des öffentlichen Interesses trägt zusätzlich zu einer Häufung bei. Erinnerung sei hierbei auch an die Bedrohung des Abgeordneten Gregor Gysi durch die amerikanischen Publizisten Max Blumenthal und David Sheen.

Eine weitere starke Gewichtung gab es im Bereich der Sachbeschädigungen (9). Hierbei handelte es sich oft um Schmierereien von Hakenkreuze in öffentlichen Räumlichkeiten, beschmierte Stolpersteine sowie Beschädigungen und Textschmierereien an jüdischen Denkmälern und Einrichtungen. Propagandadelikte sind im Bezirk Mitte weniger auffällig, da das Milieu der organisierten rechten Szene eher außerhalb der Stadtmitte Berlins angesiedelt ist.

Antisemitismus auf dem Vormarsch

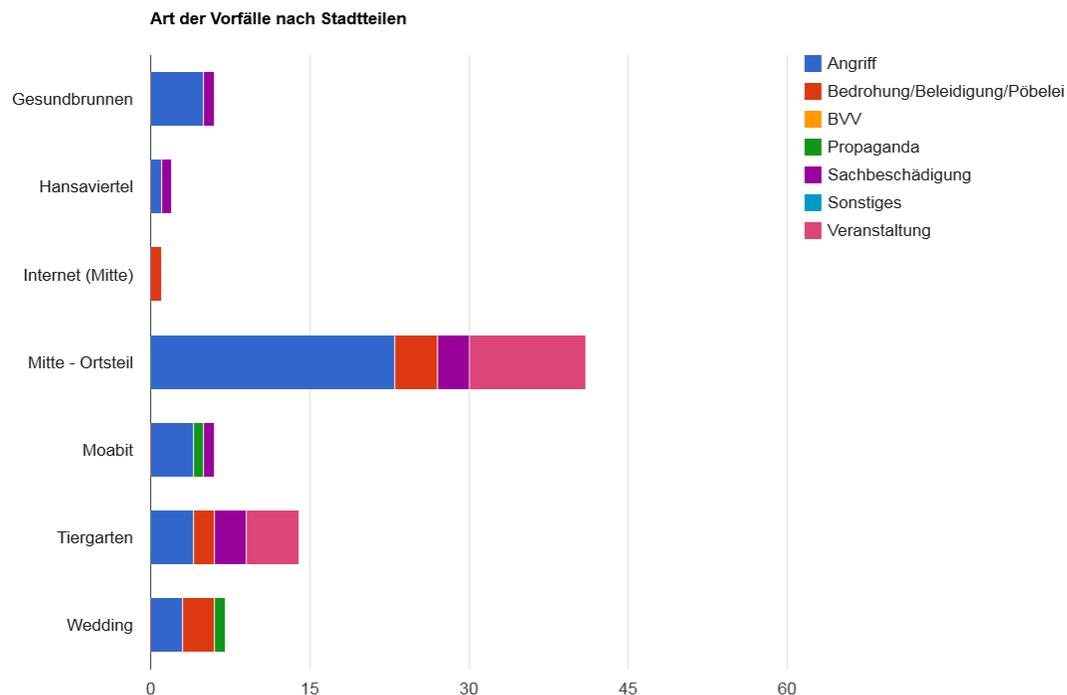


Ein Großteil der registrierten Vorfälle (32) fällt unter Antisemitismus. Begünstigt wurde dieser Trend, wie schon eingangs erwähnt, durch die Protestkundgebungen, die, ausgelöst durch den Gazakrieg, vor allen während der Sommermonate stattfanden. Viele Verunglimpfungen, Pöbeleien und Hassreden auf den Kundgebungen waren Versuche die antisemitische Instrumentalisierungen des Zionismus-Begriffs und den Glauben an eine weltverschwörerische Bedrohung durch das Judentum als Ganzes salonfähig zu machen. Es gilt zu berücksichtigen, dass die Meldungen antisemitischer Vorfälle durch die enge Zusammenarbeit mit der VdK e.V. lückenloser ausfällt als bei anderen Formen von fremdenfeindlicher Diskriminierung.

In Berlin-Mitte ebenfalls stark vertreten waren Vorfälle im Zusammenhang mit Rassismus (25), wobei gegen Personen gerichteten rassistischen Übergriffe vor allen im Raum Alexanderplatz und Friedrichstrasse beobachtet wurden. Auffällig ist, dass es eine besondere Häufung von Rassismus gegenüber Frauen zu beobachten ist.

Das dritthäufigste Motiv liegt im Bereich lgbtiq-Feindlichkeit (9). Berlins Mitte ist bekannt für sein weltoffenes und tolerantes Miteinander, gleichwohl muss davon ausgegangen werden, dass die Dunkelziffer vor allen im Bereich der Anfeindungen aufgrund der sexuellen Orientierung sehr hoch liegt.

Örtliche Einordnung



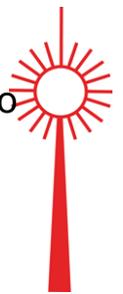
Der im Vergleich zu anderen Stadtteilen überdurchschnittlich hohe Anteil an Angriffen in Berlin Mitte begründet sich überwiegend auf eine rassistische Motivation, lgbtiq-Feindlichkeit und Antisemitismus. Viele dieser Vorfälle ereignen sich vorrangig dort, wo eine stark heterogene Zusammensetzung an Menschen anzutreffen ist. Dies betrifft vor allem Orte mit einem hohen Anteil an Durchreisenden und Touristen wie Bahnhöfe, Clubs und Veranstaltungsorte.

Desweiteren weist das Zentrum von Berlin Mitte und der Tiergarten eine hohe Anzahl an jüdischen Einrichtungen und Gedenkstätten auf, die für Menschen mit einer antisemitischen Gesinnung ein bevorzugtes Ziel für Sachbeschädigungen, Schmierereien und das Anbringen rassistischer Parolen darstellen.

Der Wedding, Gesundbrunnen und Moabit weisen eine für Wohngebiete eher typische Gewichtung an Vorfällen auf.

Aussichten 2015

Für das laufende Jahr 2015 wird Register Berlin Mitte weitere Quellen für die Erfassung von Vorfällen erschließen um auch niedrighschwellige Vorkommnisse oder Vorfälle, die nicht unmittelbar zur Anzeige gebracht wurden, in die Chronik einzubinden. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit Organisationen für Migranten und Flüchtlinge sowie Verbände für Sinti und Roma. Darüber hinaus wird sich Register Berlin Mitte auch verstärkt als direkte Anlaufstelle erkenntlich machen um die Sichtbarmachung von Diskriminierung und Ausgrenzung lückenloser zu erfassen.



Registerstelle Neukölln

Die Registerstelle Neukölln wurde im Juni 2014 ein Jahr alt. Im Jahr 2014 registrierte die Registerstelle insgesamt 125 Vorfälle. Gegenüber dem Vorjahr sind das 72 Meldungen mehr (2013: 53). Der Sachverhalt stellt eine Steigerung von 135 % dar. Bedingt ist diese Entwicklung zum einen durch die Einführung der Registerstelle Neukölln und Anwerbung von Anlaufstellen sowie durch die neonazistischen Aktivitäten insbesondere in Berlin-Rudow und die rassistischen Proteste gegen die Errichtung von Unterbringungen im Berlin-Neukölln.



Auswertung des Pankower Register 2014

Die [moskito] Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt registrierte im Jahr 2014 insgesamt 167 Vorfälle, denen als Motiv Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Rassismus, Antisemitismus, Homo-/Transphobie o.ä.) und/oder eine rechtspopulistische, rechtsextreme bis neonazistische Einstellung zu Grunde lagen. Gegenüber dem Vorjahr sind das elf Meldungen mehr (2013: 154), gegenüber dem Jahr 2012 (95) stellt der Sachverhalt eine starke Steigerung dar. Seit dem Beginn der Erfassung von Vorfällen im Pankower Register 2005 können zwei Hochphasen ausgemacht werden: 2008 (141)/2009 (145) und 2013 (154)/ 2014 (167). Im letzten Jahr wurden so viele Vorfälle gemeldet wie nie zuvor. Dies hängt zum einen mit den verstärkten Aktivitäten der NPD und den Autonomen Nationalisten im Pankower Norden zusammen, aber auch mit einer steigenden Sensibilität und Kenntnis über das Register in Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Meldungen, die sich auf alltägliche Diskriminierungen – wie Rassismus, Sexismus etc. - und somit auf rechtsextreme Einstellungen stützen, finden dennoch bisher kaum Widerhall in der Chronik.

Ortsteile

Eine Betrachtung der gemeldeten Vorfälle in Bezug auf die einzelnen Ortsteile ergibt, dass sich wie auch im vergangenen Jahr in Berlin-Buch die meisten Vorkommnisse ereignen. Mit insgesamt 79 Vorfällen kommen fast die Hälfte aller Einträge aus diesem Ortsteil. Der Anstieg ist über die letzten drei Jahre signifikant hoch geblieben (2013: 53, 2012: 23). An zweiter Stelle folgt der Ortsteil Pankow mit 25 Einträgen, was einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr (2013: 27), aber immer noch einen wesentlichen Anstieg gegenüber 2012 (8) darstellt. Mit 15 Meldungen sind die Vorfälle im Prenzlauer Berg stark zurückgegangen. Im Jahresvergleich haben sich die Einträge halbiert (2013: 27, 2012: 30). Ebenso stark zurückgegangen scheint die Anzahl der Vorfälle in Weißensee. Mit nur acht Meldungen im letzten Jahr stellt dies weniger als ein Drittel der Vorfälle aus den Jahren 2013 (23) und 2012 (26) dar. Einen Anstieg gab es in den Ortsteilen Heinersdorf (2014: 10, 2013: 4, 2012: 0) und Karow (2014: 7, 2013: 2, 2012: 0).

Das Internet stellt immer mehr ein Betätigungsfeld des organisierten Rechtsextremismus in Pankow dar. So sind im letzten Jahr 16 und 2013 zwölf Meldungen verfasst worden. Ein umfangreiches Monitoring von Facebook-Seiten sowie szenetypische Foren kann das Pankower Register nicht leisten.

Tatkategorie

Nach wie vor ist die Tatkategorie der „Propagandadelikte“ diejenige, in der die größte Anzahl von Vorfällen einzuordnen ist, auch wenn die Zahl der Meldungen im Vergleich zum Vorjahr unwesentlich auf 93 (2013: 97, 2012: 55) gesunken ist. Ein starker Anstieg muss in der Kategorie „Bedrohung, Beleidigung, Pöbeleien“ verzeichnet werden. Im Jahresvergleich haben sich die Meldungen mehr als verfünffacht und sind 2014 auf insgesamt 26 angestiegen (2013: 10, 2012: 5). Ebenso gab es einen signifikant hohen Anstieg bei der Zahl der „Veranstaltungen“, die sich von elf im Jahr 2013 auf 27 im letzten Jahr mehr als verdoppelt

hat. Ursachen liegen hier in den vermehrten Kundgebungen der NPD gegen Flüchtlingsunterkünfte im Bezirk sowie in den Demonstrationen und Lichterketten gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Buch. Stark gesunken ist die Zahl der „Angriffe“ von 21 im Jahr 2013 auf 16 2014. Die Zahl ist somit auf den Stand von 2012. Ebenso stark verringert haben sich die Meldungen in Bezug auf „Sachbeschädigung“. Waren hier in den Jahren 2012 insgesamt 18 und 2013 14 Vorfälle registriert worden, ist die Zahl auf fast ein Drittel (fünf Einträge) gesunken.

Tatkategorie nach Ortsteil

Die Zuordnung der Tatkategorien zu Ortsteilen zeigt, dass sich acht von 16 „Angriffen“ und 16 von 26 „Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien“ in **Berlin-Buch** ereignet haben. Fast alle Vorfälle adressierten die*den „Politischen Gegner*in“ und wurden von Neonazis begangen. Es kann demnach von einem systematischen Einsetzen dieser beiden Mittel zur Umsetzung der rechtsextremen Politik in diesem Ortsteil gesprochen werden. Ebenso fanden 16 von 27 „Veranstaltungen“ in diesen Ortsteil statt. Waren dies bis Oktober fast ausschließlich NPD-Kundgebungen oder -Aktionen, kamen seit der Bekanntgabe der Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Buch rassistische Demonstrationen und Lichterketten gegen die Unterkunft hinzu. 38 Prozent aller „Propagandadelikte“ wurden hier verübt (2014: 36) und insgesamt drei „Sachbeschädigungen“ fanden hier statt.

Der **Ortsteil Pankow** verzeichnete 2014 einen „Angriff“ und vier von insgesamt 26 „Bedrohungen, Beleidigung, Pöbeleien“. Zwei Meldungen wurden über das Filmen der Flüchtlingsunterkunft in der Mühlenstraße aus einem Auto heraus gemacht, was die Belegschaft als Bedrohung wahrnahm. Eine antiziganistische und eine antisemitische Beleidigung wurden ebenfalls gemeldet. 17 Vorfälle waren „Propagandadelikte“ und zwei „Veranstaltungen“, eine Kundgebung der NPD und eine Podiumsveranstaltung der AfD, wurden durchgeführt.

Im **Ortsteil Prenzlauer Berg** fanden vier der insgesamt 16 „Angriffe“ statt. Zweimal lag „Rassismus“ als Motiv zu Grunde und zweimal „Homophobie“. Ebenso kam es zu drei „Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien“. Hier stellten die Motive „Rassismus“ und „Homophobie“ die Grundlage dar. Es kam zu sieben „Propagandadelikten“ und einer „Veranstaltung“.

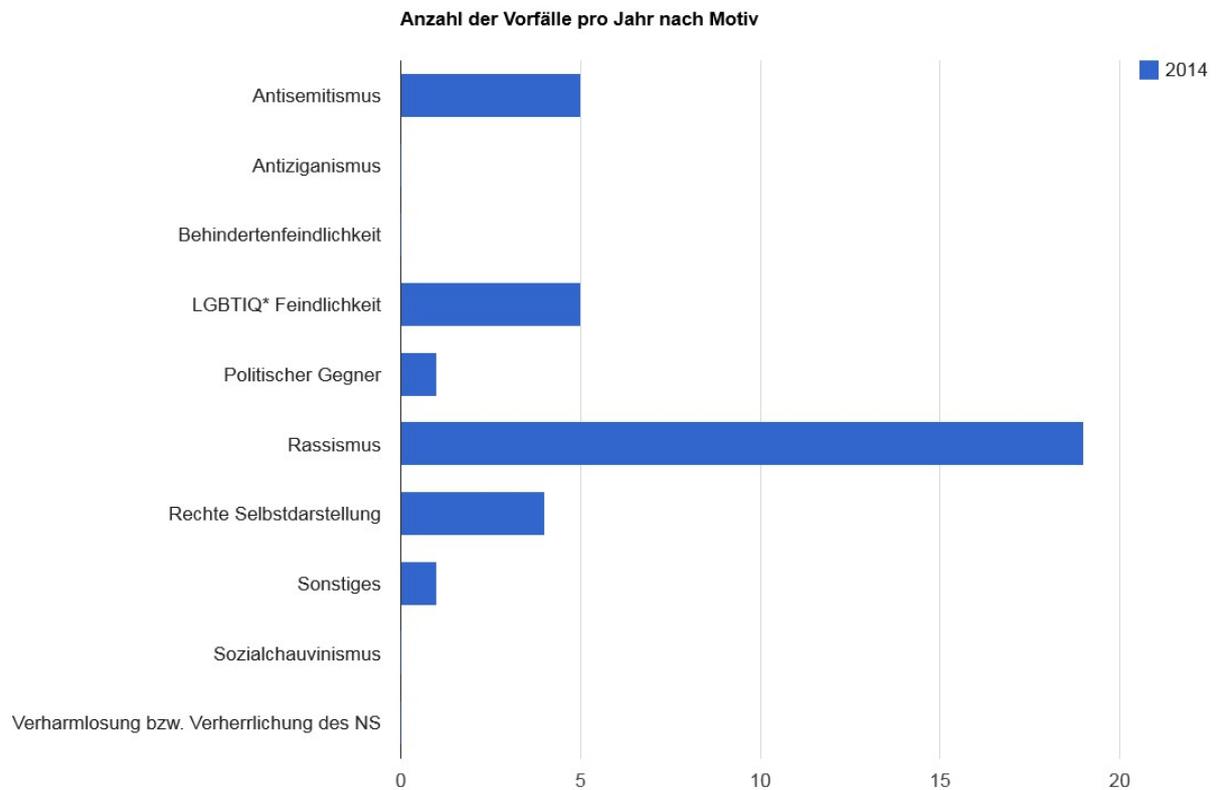
Tempelhof-Schöneberg

Im August 2014 hat das Register Tempelhof-Schöneberg in Trägerschaft des Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrums in der ufafabrik e.V. die Arbeit aufgenommen. Seitdem ist das Vorstellen der Arbeit des Registers im Bezirk die vordergründige Aufgabe, ebenso wie die Akquise und Anleitung von (potenziellen) Meldestellen. Dazu gehören ebenso Informationen darüber, an welche (Opfer-) Beratungsstellen bei Bedarf verwiesen werden kann.

Mit dem Ziel, die Arbeit der Registerstelle vorzustellen und ihre Vernetzung im Bezirk anzustoßen, hat im Dezember 2014 mit freundlicher Unterstützung der Bezirksbürgermeisterin Frau Schöttler ein Fachtag im Rathaus Schöneberg stattgefunden. Dazu waren alle im Bezirk relevanten Akteure eingeladen.

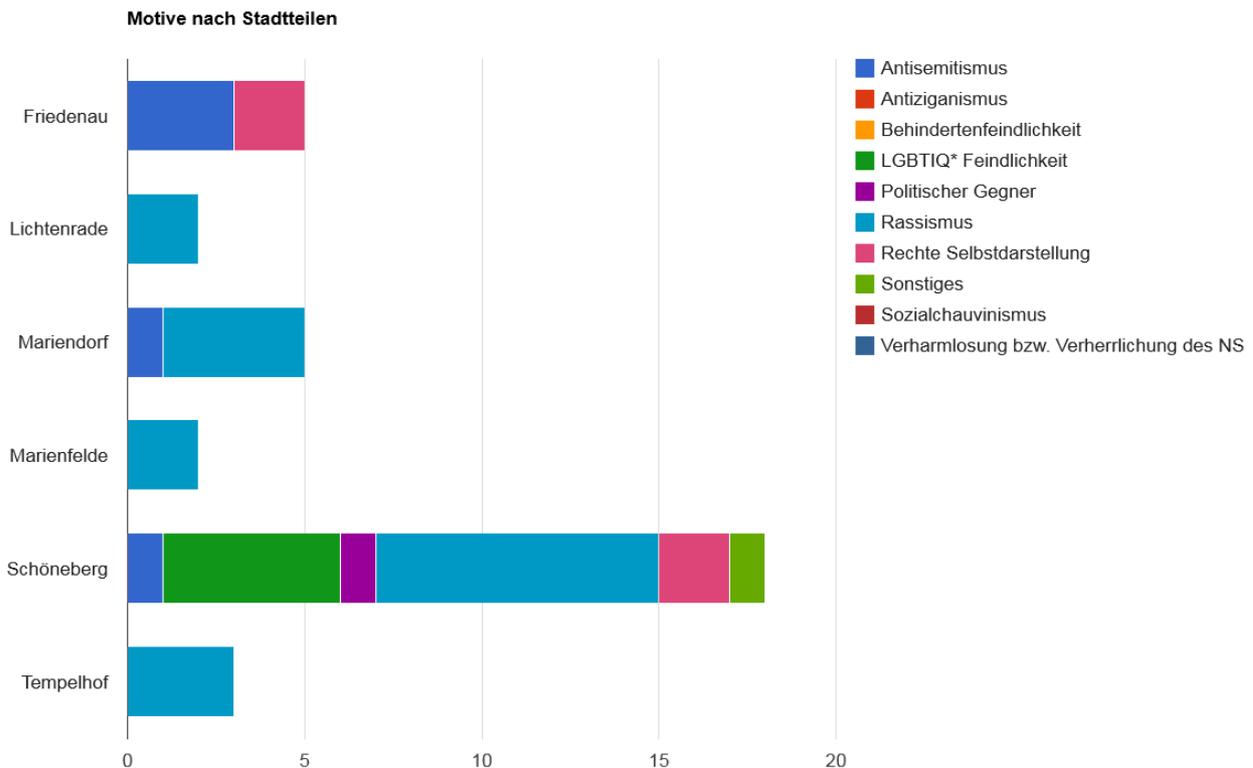
Bei den nun folgenden Zahlen muss berücksichtigt werden, dass die Erfassung von Vorfällen erst im August 2014 begonnen hat. Meldungen ab Januar 2014, die der Registerstelle durch verschiedene Kooperationspartner, die in den entsprechenden Arbeitsbereichen tätig sind, zugetragen wurden, haben ebenfalls Eingang in die Chronik gefunden. Nichtsdestotrotz haben die Zahlen eine relativ geringe Aussagekraft, da wegen des späteren Starts im Jahr die Arbeit des Registers noch nicht ausreichend im Bezirk Tempelhof-Schöneberg bekannt ist.

Insgesamt lassen sich für das Jahr 2014 35 Vorfälle verzeichnen:



Betrachtet man die Motive, so wird deutlich, dass das häufigste Tatmotiv in Tempelhof-Schöneberg Rassismus ist (19), gefolgt von lgbtiq-feindlichen (5) und antisemitischen (5) Motiven.

Folgende Tendenzen lassen sich bezüglich der Motive nach Stadtteilen feststellen:

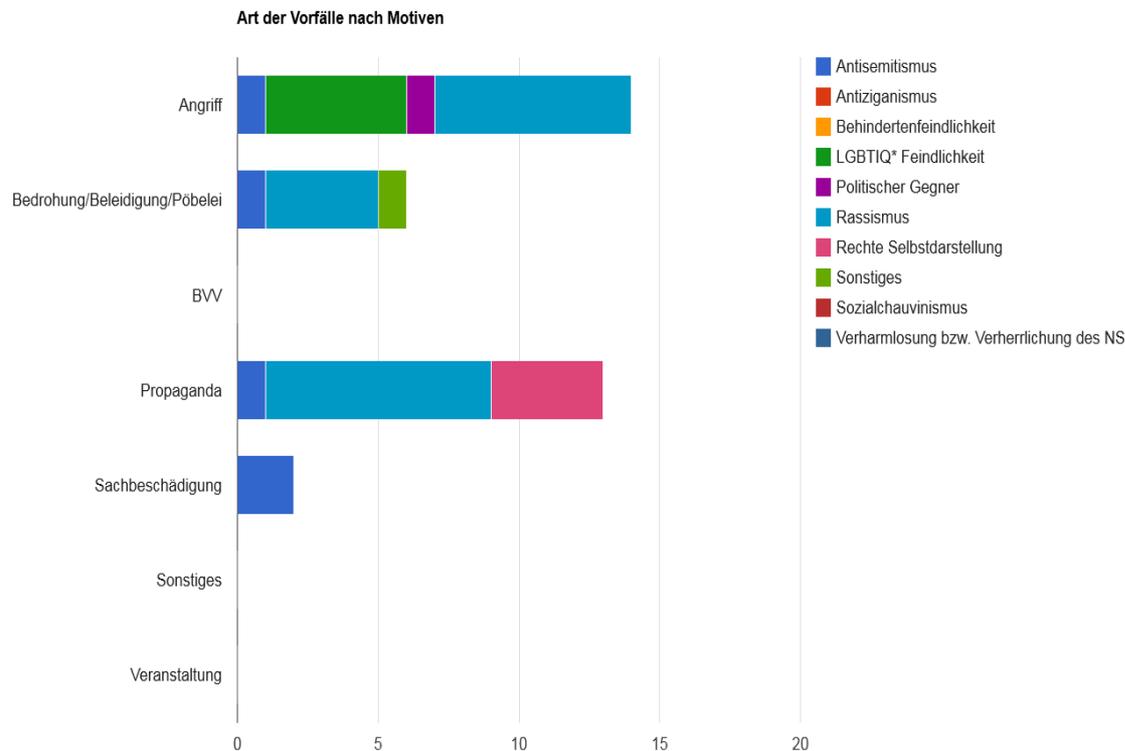


Die antisemitischen Vorfälle (3) in Friedenau lassen sich damit erklären, dass in diesem Ortsteil die Stolpersteininitiative ansässig ist. So gab es Stolperstein-Beschmierungen, und der Schaukasten der Initiative wurde zerstört, wie bereits schon mehrfach in den Jahren zuvor.

Außerdem gibt es eine Häufung von rassistisch motivierten Vorfällen in Schöneberg (8) und in Mariendorf (4).

Die lgbtiq-feindlichen Vorfälle (5), die ausschließlich aus Schöneberg gemeldet wurden, stehen in direkter Verbindung zu der lgbtiq-Szene, die im Bereich des U-Bahnhofs Nollendorfplatz ansässig ist.

Schließlich lässt sich ebenfalls die Art der Vorfälle nach Motiven differenziert darlegen:

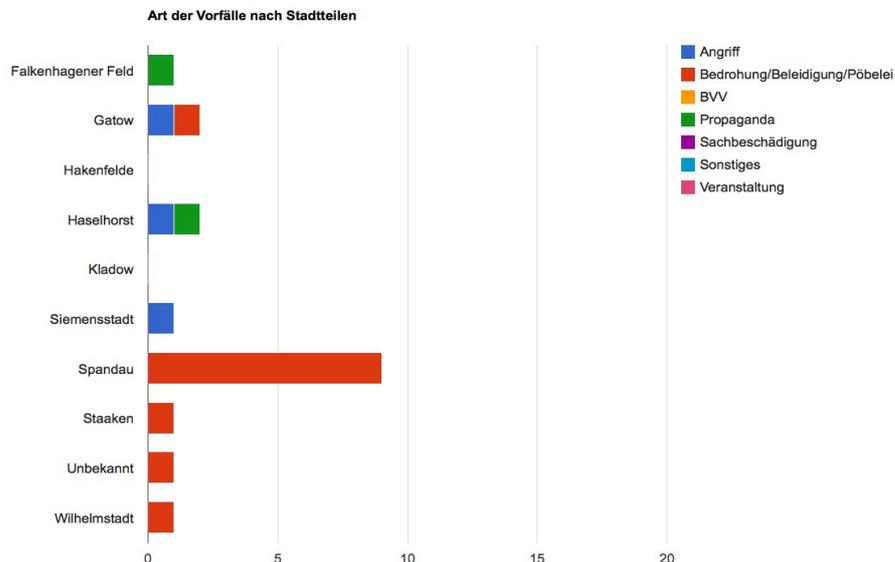


Hier ist die Zahl der rassistisch motivierten Angriffe (7) und Propaganda (8) am höchsten, gefolgt von lgbtiq-feindlich motivierten Angriffen (5) und rassistischen Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (4).

Berücksichtigt man bei diesen Zahlen den Umstand, dass das Register erst im August 2014 seine Arbeit aufgenommen hat und daher noch nicht ausreichend im Bezirk bekannt ist, kann man davon ausgehen, dass die tatsächliche Zahl an Vorfällen, die sich in Tempelhof-Schöneberg ereignen, deutlich höher liegt.

Register Spandau

Im Bezirk Spandau werden seit April 2014 bei GIZ e.V. rechtsextreme, rassistische und diskriminierende Vorfälle dokumentiert. Da die ersten Monate zunächst dazu dienten, das Register einzurichten, die Aufgabe dieses Registers im Bezirk bekannt zu machen und ein Netzwerk mit Gremien, Anlaufstellen und Einzelpersonen aufzubauen, die Meldungen entgegennehmen bzw. abgeben, ist eine Analyse der bisher gemeldeten Vorfälle nicht sinnvoll. Von den durch ganz unterschiedliche Quellen gemeldeten 18 Vorfällen handelt es sich überwiegend um Beleidigungen aus rassistischen Motiven. Zwei Angriffe mit rassistischem Motiv sowie ein Angriff mit homophobem Motiv sind zu verzeichnen. Außerdem wurde ein behindertenfeindlicher Vorfall gemeldet.



9 der 18 Vorfälle ereigneten sich im Ortsteil Spandau. Dies ist mit dem Rathausplatz und dem Marktplatz als Orten öffentlicher Veranstaltung bzw. der Haltestelle "Rathaus Spandau" als wichtigem Verkehrsknotenpunkt zwischen diversen Buslinien und der Endhaltestelle der U7 zu erklären. Auch die meisten öffentlichen Einrichtungen sind in diesem Ortsteil und wichtige Anlaufstellen wie die Beiräte im Rathaus sind hier zu finden. Auch ist die Einbindung des Trägers GIZ e.V. in diesem Ortsteil besonders gut, so dass die Registerstelle von diesem Netzwerk hinsichtlich der Meldungen profitieren konnte.

Übersicht der gesammelten Vorfälle in Treptow-Köpenick¹ 2009 bis 2014

Art der Vorfälle	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Propaganda	80	114	124	160	133	130
Angriffe	12	6	18	10	18	11
Beleidigung/Pöbelei	5	16	6	21	34	40
Sachbeschädigungen	4	12	17	6	9	8
Veranstaltungen	18	12	31	18	19	40
BVV	0	1	1	0	1	2
Sonstige	7	1	0	5	0	0
gesamt	126	162	197	220	214	231

Inhaltliche Zuordnung	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Rechtsextreme Selbstdarstellung	51	60	72	101	70	39
NS-Verharmlosung	25	43	42	44	47	46
Rassismus	21	31	39	25	29	112
Politischer Gegner	19	24	41	38	45	25
Antisemitismus	5	3	0	3	3	2
Rechtspopulismus	-	-	2	6	5	4
LGBTIQ* Feindlichkeit					3	0
Wahlkampf					12	2
Sonstige	5	1	1	3	0	1
gesamt	126	162	197	220	214	231

Verteilung nach Regionen	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Alt-Treptow	4	2	3	5	4	9
Plänterwald	6	12	15	3	2	4
Baumschulenweg	7	12	19	21	10	16
Niederschöneweide	56	47	77	68	45	32
Oberschöneweide	10	7	5	17	24	7
Johannisthal	7	21	24	39	62	21
Adlershof	5	19	12	3	4	39
Grünau	0	2	5	0	2	1
Bohnsdorf	0	1	3	4	1	4
Altglienicke	3	10	2	3	2	3
Köpenick	21	17	19	52	51	71
Friedrichshagen	0	10	5	2	1	1
Müggelheim	0	2	1	1	0	2
Rahnsdorf/Wilhelmshagen	1	0	4	2	2	5
unbekannt/bezirkswweit/Internet	6	0	3	0	4	16
gesamt	126	162	197	220	214	231

¹ Alle Vorfälle wurden eindeutig zugeordnet. Wenn beispielsweise während eines Übergriffs auch volksverhetzende Parolen gerufen werden, so wird dieser Vorfall nur als Übergriff aufgeführt. Oder wenn eine Sachbeschädigung erfolgt und eine Parole hinterlassen wird, so wird der Vorfall als Sachbeschädigung gewertet.

Auswertung der dokumentierten Vorfälle in Treptow-Köpenick im Jahr 2014

Treptow-Köpenick hat im Vergleich zu anderen Regionen eine deutlich sichtbare und aktive rechte Szene, die den Großteil der gesammelten Vorfälle verursacht bzw. zumindest initiiert bzw. organisatorisch unterstützt. Dabei fand eine Verlagerung statt, weg von Schöneweide hin zu Adlershof und Salvador-Allende Viertel.

Im Jahr 2014 wurden 231 Vorfälle dokumentiert (2013:214), die bisher höchste Anzahl in einem Jahr, seit Bestehen des Registers. Der Anstieg ist auf ein wachsendes Netz an engagierten Anwohner_innen zurückzuführen, die beim Register ihre Beobachtungen melden, aber auch auf die tatsächliche Menge an Vorfällen. Dabei stellten 130 Propagandavorfälle (56,7 Prozent) den Großteil aller Vorfälle, fast gleichviel wie im Jahr.

Die Anzahl der Angriffe hat sich jedoch glücklicherweise halbiert, Entwarnung kann aber nicht gegeben werden, denn es gibt Angsträume, die von potentiell Betroffenen gemieden werden, sodass weniger Angriffe stattfinden. Zusätzlich zu den schon bestehenden Angsträumen rund um den Bahnhof Schöneweide sind auch noch Adlershof und im besonderen Maß das Salvador-Allende Viertel hinzugekommen. Der Blick auf die vergangenen Jahre zeigt zudem, dass die Zahl der Angriffe variieren kann. Drei Angriffe richteten sich gegen politische Gegner_innen von Neonazis, drei waren rassistisch motiviert.

Inhaltlich haben die Vorfälle, die rassistisch motiviert sind, sichtbar zugelegt (2013:29, 2014:112), abgenommen haben dagegen Vorfälle, die der rechtsextremen Selbstdarstellung dienen (2013:70, 2014:39).

Es gibt zwei Regionen in Treptow-Köpenick in denen ein deutlicher Zuwachs an Vorfällen zu verzeichnen war: Salvador-Allende Viertel (+ 34) und Adlershof (+35). In beiden Ortsteile wurden im Verlauf des letzten Jahres Gemeinschaftsunterkünfte eröffnet. Adlershof wird damit zum Spitzenreiter im Bezirk mit 39 Vorfällen, es folgen Salvador-Allende Viertel (38), Niederschöneweide (32), Johannistal (21), und Baumschulenweg sowie Bezirksweit/Unbekannt/internet (16). Das Niederschöneweide soweit zurückgefallen ist, verdanken wir dem Engagement von antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen die die Schließung der Neonazikneipe „Zum Henker“ und des neonazistischen Waffenladens „Hexogen“ erwirken konnten.

Die Neonazi-Strukturen die damit zum Teil aus Schöneweide verdrängt werden konnten haben sich umorganisiert und fungieren jetzt als organisatorische Leitung der rassistischen Protest im Salvador-Allende Viertel und Adlershof. Das führt zu besorgniserregend hohen Zahlen an den beiden Orten, was das Leben für Geflüchtete an den Standorten schwer erträglich macht.



verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.

Knapp 200 antisemitische Vorfälle zählte die Berliner Polizei im vergangenen Jahr. Aber dabei handelt es sich lediglich um strafrechtlich relevante Vorfälle. Die vielen alltäglichen Pöbeleien, Drohungen und Beleidigungen, die nicht in den strafbaren Bereich fallen, werden bislang in Berlin kaum dokumentiert. Der Berliner Senat hat deshalb jetzt die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) beauftragt antisemitische Entwicklungen in Berlin zu beobachten und zu dokumentieren.

Dafür sollen neue Wege gegangen werden. So hat der VDK e.V. 2014 gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung erstmals eine Umfrage bei allen Synagogengemeinden Berlins durchgeführt. So sollen aus erster Hand Berichte von Anfeindungen gegen Juden in Berlin im Alltag gesammelt werden. Die Ergebnisse werden in den nächsten Monaten präsentiert.

Für das Jahr 2014 sind besonders hervorzuheben die zunehmende öffentliche Verbreitung antisemitischer Verschwörungsideologien und die offen judenfeindlichen Positionierungen auf Demonstrationen in Berlin. Diese wurden dokumentiert und kategorisiert (siehe Tabellen im Anhang).

Bezug zum Nahost-Konflikt

In Berlin kam es wie in ganz Deutschland vor dem Hintergrund der israelischen Militäroperation im Gaza-Streifen zwischen Anfang Juli und Ende August 2014 vermehrt zu antisemitischen Angriffen und Sachbeschädigungen sowie antiisraelischen Demonstrationen. Bei 17 (von 28) Demonstrationen wurden von RIAS Dämonisierungen und Delegitimierungen Israels bzw. die Anwendung doppelter Standards, für judenfeindliche Positionen festgestellt. Aus Demonstrationen heraus kam es zu Angriffen gegen ein als jüdisch identifiziertes israelisches Ehepaar und gegen Menschen mit Israel-Fahne. Im selben Zeitraum kam es in Berlin zu vier antisemitischen Angriffen, drei Bedrohungen und zu mehreren Beschimpfungen im Umfeld von Synagogen.

Antisemitische Verschwörungsideologien

Im März 2014 bildete sich vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts eine „Neue Friedensbewegung“, welche sich als „Montagsmahnwachen für den Frieden“ bezeichnet. Die Kundgebungen hatten zwischen Mitte April und Anfang Mai ihren größten Zulauf mit bis zu 2000 Teilnehmenden. Diese „Friedensbewegung“ ist äußerst heterogen, aber in Teilen offen für antisemitische Verschwörungsideologien und rechtsextreme Inhalte. Insbesondere im Internet verbreiten zahlreiche Anhänger der „Friedensbewegung“ judenfeindliche Texte, Bilder und Videos.

Anschlussfähig für antisemitische Überzeugungen ist vor allem die permanent vorgetragene Dämonisierung der US-amerikanischen Zentralbank Federal Reserve, welche für alle Kriege der letzten 100 Jahre verantwortlich gemacht wird. Offen antisemitisch hingegen ist die häufig auf den „Mahnwachen“ geäußerte Behauptung

Medien und Politik würden einem amerikanischen bzw. einem jüdischen „Meinungsdiktat“ unterliegen und „von oben“ gesteuert werden.

Zur Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

Der Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. hat im Auftrag des Senats die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) gegründet. Im vergangenen Jahr war die Arbeit noch bei ReachOut angesiedelt, seit 2015 arbeitet RIAS als eigenständiges Projekt. Derzeit wird ein Kooperationsnetzwerks mit dem Berliner Register, ReachOut, der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, der Amadeu Antonio Stiftung sowie der Jüdische Gemeinde zu Berlin und dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus aufgebaut.

RIAS hat zum Ziel ein umfassendes Meldesystem für antisemitische Vorfälle in Berlin zu entwickeln und damit den Zugang zu den bestehenden Beratungsangeboten für Betroffene von Antisemitismus zu erleichtern. Außerdem soll mit den gemeldeten Fällen nicht nur die Voraussetzung für detaillierte Einschätzungen und Lagebilder zu antisemitischen Ausdrucksformen in Berlin geschaffen werden, sondern auch ein stärkeres Engagement der demokratischen Zivilgesellschaft für das Thema ermöglicht werden.

Die Befragung der zehn Synagogengemeinden zwischen August und Oktober 2014 war die Grundlage, um im Januar 2015 mit der eigentlichen Arbeit zu beginnen. Primäres Ziel der Befragung war die Beschreibung jüdischer Wahrnehmungen von und Erfahrungen mit Antisemitismus im Alltag. So soll ermittelt werden, inwieweit zivilgesellschaftliche Angebote angepasst oder ausgebaut werden müssen, um auch für Betroffene von Antisemitismus besser ansprechbar zu sein.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

Benjamin Steinitz | benjamin.steinitz@vdk-berlin.de

Chausseestraße 29 | 10115 Berlin

Postadresse: Postfach 04 02 25 | 10061 Berlin

Tel: (030) 240 45 430 | Fax: (030) 240 45 319

Von RIAS dokumentierte antisemitische Vorfälle in Berlin 2014

	Gesamt	Davon während Gaza-Krieg: 07.07-26.08.	Angriffe / Bedrohungen	Beschimpfungen, Beleidigungen, Parolen
Berlin	100	48	18	14
Davon während Gaza-Krieg: 07.07-26.08.	48	0	10	6
Charlottenburg-Wilmersdorf	18	9	4	2
Friedrichshain-Kreuzberg	24	13	4	4
Lichtenberg	1	0	1	0
Marzahn-Hellersdorf	4	1	0	2
Mitte	32	16	6	1
Neukölln	8	4	2	2
Pankow	4	3	0	1
Steglitz-Zehlendorf	2	0	0	0
Tempelhof-Schöneberg	5	2	1	1
Treptow-Köpenick	2	0	0	1

	Veranstaltungen (Demonstrationen Saalveranstaltungen)	Sachbeschädigungen	Zuschriften / Anrufe	Propaganda
Berlin	33	22	9	4
Davon während Gaza-Krieg: 07.07-26.08.	19	11	1	1
Charlottenburg-Wilmersdorf	8	2	1	1
Friedrichshain-Kreuzberg	5	8	2	1
Lichtenberg	0	0	0	0
Marzahn-Hellersdorf	0	0	0	2
Mitte	15	7	3	0
Neukölln	2	2	0	0
Pankow	1	2	0	0
Steglitz-Zehlendorf	0	0	2	0
Tempelhof-Schöneberg	2	0	1	0
Treptow-Köpenick	0	1	0	0



„Dokumentation von antiziganistisch motivierten Vorfällen. Stärkung der Opfer von Diskriminierung 2014“.

Einführung

Seit Anfang 2014 werden, im Rahmen des von Amaro Foro e.V.¹ umgesetzte Projektes: „Dokumentation von antiziganistisch² motivierten Vorfällen. Stärkung der Opfer von Diskriminierung“, welches von LADS gefördert wird, systematisch rassistische Vorfälle gegen zugewanderten Menschen mit zugeschriebenem Roma Hintergrund, die berlinweit stattfinden, erfasst.

Das Projekt entstand aus der Notwendigkeit heraus, Menschen, die Opfer von Antiziganismus geworden sind, Unterstützung durch Erstberatung und Begleitung zu Beratungsinstanzen zu geben, sowie Aufklärungsarbeit über Handlungsmöglichkeiten und Empowermentarbeit zu leisten. Gleichzeitig zielt das Projekt darauf ab, anhand der Dokumentation der Vorfälle und deren Auswirkungen aufmerksam zu machen, um den Berliner Behörden, sowie relevanten zivilgesellschaftlichen Akteuren einen Überblick für die Einleitung gezielter Schritte zur Prävention und Bekämpfung des Antiziganismus zu geben und eine Sensibilisierung der fachlichen und allgemeinen Öffentlichkeit zu bewirken.

Die Dokumentation 2014 zeigt, dass antiziganistische Vorfälle in allen Lebensbereichen entstehen. Die Meldungen kamen sowohl von den Betroffenen selber, wie auch von Zeugen, engagierten Unterstützern, oder sensibilisierten zivilgesellschaftlichen und behördlichen Akteuren, die in Kontakt mit den Opfern getreten sind.

Die Auswertung der Vorfälle 2014 bietet einen Einblick in die Vielfalt der Erscheinungsformen des Antiziganismus in Berlin. Allerdings ist die Zahl der registrierten Vorfälle nicht als repräsentativ für das Ausmaß dieses Phänomens zu betrachten. Es ist davon auszugehen, dass nur wenige Vorfälle direkt gemeldet werden und dass die Dunkelziffer viel höher liegt. Dies hängt mit der Tatsache zusammen, dass die Betroffenen oftmals nicht über

¹ Amaro Foro e.V. ist ein interkultureller Jugendverband von Roma und nicht-Roma mit dem Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen, um aktive Bürger(inn)en zu werden. Als junge Roma und nicht-Roma übernehmen wir gemeinsam Verantwortung in der Gesellschaft für Achtung und gegenseitigen Respekt.

² Antiziganismus bezeichnet ein historisch gewachsenes und sich selbst stabilisierendes soziales Phänomen, das

1. eine homogenisierende und essentialisierende Wahrnehmung und Darstellung bestimmter sozialer Gruppen und Individuen unter dem Stigma ›Zigeuner‹ oder anderer verwandter Bezeichnungen
2. eine damit verbundene Zuschreibung spezifischer devianter Eigenschaften an die so Stigmatisierten
3. sowie vor diesem Hintergrund entstehende diskriminierende soziale Strukturen und gewaltförmige Praxen umfasst. (End Markus, S.30, Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation, Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation, Studie für das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, 2014)

Interventionsmöglichkeiten informiert, bzw. verunsichert sind Gegenmaßnahmen einzuleiten, um keine Verschlechterung der direkten oder indirekte Viktimisierung zu bewirken.

Die Auswertung 2014 besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil bezieht sich auf die registrierten Vorfällen, die bei dem Zugang zu den Systemen der Wohlfahrt und sozialer Sicherheit, Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeitswelt, Gütern und Dienstleistungen, einschließlich Wohnraum, bei dem Kontakt mit den Ordnungsbehörden, sowie im Alltag im öffentlichen Raum entstanden sind. Der zweite Teil ist eine Analyse des Rassismus gegen Roma in den deutschen Medien.

Einblick in die antiziganistisch motivierten Vorfälle Berlin 2014

Die Auswertung deckt den Zeitraum Januar – Dezember 2014 ab. Für die Aufnahme der Vorfälle wurden Kriterien entwickelt, die mehrere Faktoren berücksichtigen, darunter: die Lebensbereiche, die Merkmale der Benachteiligung, den rechtlichen Rahmen (einschließlich EU Acquis und völkerrechtlicher Bestimmungen). Anhand der Erscheinungsformen der Vorfälle wurden die Kooperationspartner, wie Antidiskriminierungsberatungsstellen, Fachanwälte, Migrationsberatungsstellen, sowie die Integrationsabteilung der Berliner Polizei identifiziert und in den Lösungsprozess miteinbezogen.

Über diese Maßnahme haben die Projektmitarbeiter in verschiedenen relevanten Arbeitskreisen informiert und zu Meldung der Fälle ermuntert. Darüber hinaus werden Informationen und die Kontaktaufnahmemöglichkeiten über die Webseite von Amaro Foro e.V., sowie über die Facebookseite „Diskriminierung von Roma und Sinti in Berlin“ verbreitet. Gleichzeitig wurden Social Video-Spots zum Thema Antiziganismus, die im Rahmen der „Awareness Kampagne Bewusstseinsarbeit gegen Antiziganismus“ produziert wurden, bei mehreren Veranstaltungen präsentiert und in den sozialen Medien verbreitet.

Im Rahmen der Dokumentation wurden Vorfälle, die sowohl einen unverhüllten antiziganistischen Hintergrund haben, als auch Handlungen, die einen unterschweligen antiziganistischen Charakter aufweisen aufgenommen. Zu der zweiten Kategorie zählen institutionelle Sonderanforderungen gegenüber zugewanderten rumänischen und bulgarischen Staatsbürgern bei der Gewährung von sozialen Rechten, die das Gleichstellungsprinzip der EU Bürger gegenüber den deutschen Staatsbürgern missachten. Unsere Entscheidung solche Handlungen zu erfassen basiert auf der empirisch festgestellten Verschärfung der Verwaltungspraxen im Kontext der politischen und medialen Debatte über die Armutseinwanderung und des dadurch unterstellten ausgelösten Sozialstaatsmissbrauchs, was als eine antiziganistisch kodierte Hetze wahrzunehmen ist. Hinzu kommt die verabschiedete Verschärfung des Freizügigkeitsgesetzes, die offensichtlich keinen anderen Zweck hatte, als Stimmung gegen Zuwanderer zu machen und ihnen pauschal betrügerische Absichten zu unterstellen.

Erscheinungsformen des Antiziganismus

Trotz des Prinzips der Nichterfassung ethnischer Daten in amtlichen Statistiken deuten unsere empirischen Erhebungen darauf hin, dass Berliner Behörden oft einen ethnisierenden Umgang mit Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien haben.

Die Erhebungen zu **dem Zugang zu den Systemen der Wohlfahrt und sozialen Sicherheit**

beinhalten Angaben über Kontakterfahrungen mit staatlichen Einrichtungen, die eine direkte rassistische Diskriminierung aufweisen. Zu den Erscheinungsformen zählen abweisende Handlungen, antiziganistische Beleidigungen, abwertende Kommentare und Aussagen seitens der Sachbearbeiter und des Securitypersonals über (zugeschriebene) Lebensweisen und Traditionen der Roma und deren mangelnder Integrationswille. Ferner kommt es auch zu behördlichen Schikanen in Form von Verweigerung der Antragsannahme, oder der Antragsbearbeitung aufgrund fehlender Deutschkenntnisse, Sonderanforderungen für die Antragsbearbeitung, pauschale Antragsablehnungen, mündliche Versagung der Leistungen, Verweigerung der Zuständigkeitsprüfung, Drohungen über die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen, Drohungen mit der Einschaltung der Polizei.

Zahl der dokumentierten Vorfälle: 38

Im Kontakt mit den Ordnungsbehörden sind obdachlose Zugewanderte eine besonders gefährdete Gruppe. Die Betroffenen berichteten über schlechte Behandlung durch das Ordnungsamt in Form von Drohungen über Wegnahme der Autos, Inobhutnahme der Kinder sowie Sicherstellung der Zelte und Wasserübergießen von Kleidungsstücken. Im Umgang mit der Polizei wurden Vorfälle dokumentiert, die auf racial-profiling-Praktiken und verdachtsunabhängige Kontrolle hindeuten. **Zahl der dokumentierten Vorfälle: 6**

Im Bereich Bildung wurden Vorfälle in Form von amtlicher Verweigerung von Schulplätzen, antiziganistischer Beleidigungen, abwertender Kommentare über Bildungsferne und mangelndes Schulinteresse von Roma, Aussagen und Zuschreibungen seitens des Schulpersonals über Lebensweisen und Traditionen von Roma, Unterstellungen über mangelnde körperliche Hygiene und schlechten Gesundheitszustand, der die Gefahr von Krankheiten birgt und Mobbing durch Mitschüler, einschließlich über soziale Medien, dokumentiert. Darüber hinaus ist die Praxis der „Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“ (die sogenannten „Willkommensklassen“), wo Schüler mit zugeschriebenem Roma Hintergrund platziert werden, als eine segregierende Maßnahme zu betrachten. Die Tatsache, dass es keine Regelungen zur Verweildauer gibt, führt oft zu einem längeren Verbleib in solchen Klassen, die in uns bekannten Fällen auch bis zu zwei Jahren betragen kann. Hinzu kommt eine nicht altersgerechter Förderung, ungünstige Lernbedingungen, unqualifiziertes Lehrpersonal, sowie mangelnde Förderung des Kontakts mit Schülern aus anderen Klassen und mangelnde Sensibilisierung des Schulpersonals.

Zahl der dokumentierten Vorfälle: 9

Beim Zugang zu medizinischer Versorgung wurden Vorfälle über abweisende Behandlung und antiziganistische Unterstellungen zur Lebensweise gemeldet. Hierzu zählen Anmerkungen über „traditionelle Frühheiraten“ und überdurchschnittliche Kinderzahl. Gleichzeitig, trotz der Krankenversicherungspflicht, ist der Zugang zu gesetzlichen Krankenversicherungen von vielen Hürden geprägt, darunter Sonderanforderungen, oder fehlende Durchsetzung der EU Vorschriften, was den Zugang zu medizinischen Leistungen überhaupt sehr schwer macht.

Zahl der dokumentierten Vorfälle: 4

Beim Zugang zur Arbeitswelt wurden ausbeuterische und erpresserische Praktiken (Drohungen mit Nichtbezahlung, Kündigung, körperlicher Gewalt, Kündigung bei Arbeitsunfällen) seitens der Arbeitgeber, oder Auftraggeber gemeldet. In diesem Bereich

waren Interventionen nicht erwünscht, aus Angst vor Verdienstquellverlust.

Zahl der dokumentierten Vorfälle: 13

Beim **Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, einschließlich Wohnraum**, berichteten die Betroffenen über Verweigerung von Bankenleistungen, Verweigerung von Leistungen seitens Hotels und Pensionen, Verweigerung der Anmietung von Wohnungen auf dem regulärem Markt aufgrund von unterstelltem Stören des sozialen Friedens, sowie Verweigerung der Umsetzung von Mietrechten seitens des Vermieters, Vermietung von unbewohnbarem Wohnraum zu übersteuerten Preisen und erpresserische Praktiken der Vermieter (Drohungen mit Räumungen, Mieterhöhungen). Darüber hinaus wurden verbale und körperliche Angriffe und Freiheitsberaubungsvorfälle durch das Securitypersonal in Lebensmittelläden und Kleiderketten gemeldet.

Zahl der dokumentierten Vorfälle: 16

Antiziganismus im Alltag

Die Erhebung zeigt eine Vielfalt von Gewalttaten, Belästigungen und Hassreden. Besonders im Wohnbereich werden Menschen mit zugeschriebenem Roma Hintergrund Opfer von nachbarschaftlichen Anpöbelungen, Belästigungen, Drohungen und körperlichen Angriffen. Dabei werden den Menschen kriminelle Handlungen und ein gemeinschaftswidriges und asoziales Verhalten unterstellt. Wiederum stellen Zugewanderte, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, eine besonders gefährdete Gruppe dar, die oft Opfer von körperlichen Angriffen und antiziganistischen Beleidigungen geworden ist. Einige antiziganistische verbale und körperliche Angriffe wurden nicht von den Betroffenen, sondern von Zeugen der Vorfälle berichtet.